

freiheit der wissenschaft

Nr. 2 • Juni 2008

F 1634 F

Herausgeber: Bund Freiheit der Wissenschaft

Lieber Leser	Seite	2
Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft	Seite	3
„Die Faszination von Heilslehren – der Weg in die Unfreiheit“ Ein Bericht über die Gummersbacher Tagung 2008 Von Brigitte Pötter	Seite	4
Besuch der Gruppe Berlin-Brandenburg in Jena Ein Bericht von Eberhard Grünert	Seite	8
„Bolognaprozeß und die Bachelorisierung der deutschen Hochschulen“ – Auszüge aus dem Vortrag von Professor Dr. Kurt J. Reinschke in Berlin	Seite	10

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

Baden-Württemberg:

Philologenverband fordert Staatsexamen für Lehramtsstudenten	Seite	17
--	-------	----

Berlin:

Neue Hochschulallianz gegründet Fehlform Einheitsschule – Was die Elementstudie aussagt	Seite	18
--	-------	----

Hamburg:

Ergebnis einer Mesalliance – Hamburg bekommt die sechsjährige Grundschule	Seite	20
---	-------	----

Was die Gemüter bewegt: Hochschule, Hauptschule, Zukunftspreis

Seite 22

Josef Kraus im Amt bestätigt

Seite 24

BÜCHERREVUE

Brezinka, Pädagogik in Österreich, Bd. 3 (Uhl)
Solschenizyn, Meine amerikanischen Jahre (T. Kinzel)
Ibn Warraq, Defending the West (T. Kinzel)
Käbisch, Das Fanal von Falkenstein (Eisele)
Schönherr-Mann, Miteinander leben lernen (Dirsch)
Zelter, How are you, Mister Angst? (M. Kinzel)

freiheit der wissenschaft

Offizielles Organ des Bundes Freiheit der Wissenschaft e.V.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos und andere Beiträge übernimmt der Empfänger keine Haftung. Abdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Ansicht von Herausgeber und Redaktion dar, sondern die persönliche Meinung des Verfassers.

Zuschriften und Stellungnahmen zu Themen und Artikeln dieses Heftes sind willkommen. Wiedergabe und redaktionelle Kürzungen bleiben vorbehalten. „freiheit der wissenschaft“ erscheint in herkömmlicher Rechtschreibung.

Herausgeber: Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft e.V.

Redaktion: Dr. Winfried Holzapfel

Verbandsgeschäftsstelle:

Postanschrift:
Charlottenstraße 65,
10117 Berlin-Mitte (U-Bahnhof
Stadtmitte, nahe Gendarmenmarkt)

Büro: Petra Schauf

Die Geschäftsstelle dient auch als Kontakt- und Informationsstelle.

Für größere Veranstaltungen steht ein Hörsaal zur Verfügung.

Telefon: (0 30) 20 45 47 04

Fax: (0 30) 20 45 47 06

E-Mail:

bund.freiheit.wissenschaft
@t-online.de

Internet:

<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG, Bonn
(BLZ 380 700 24), Kto. 0 233 858

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf
Internet: www.vva.de
E-Mail: info@vva.de
Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann
Anzeigenverkauf:
Panagiotis Chrissovergis
Tel. 02 01/87 12 69 45
Fax 02 01/87 12 69 42

Anzeigentarif Nr. 12

ISSB 0343-7752

Lieber Leser,



Dr. Winfried Holzapfel ist einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft

als vor etwas über zwei Jahren Bernhard Fluck, Ehrenvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes und Mitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft, in dieser Zeitschrift die nordrhein-westfälischen Landespolitiker davor warnte, den „Schulleiter auf Zeit“ ins Gesetz zu schreiben, stieß er allenthalben auf taube Ohren. Der Ministerpräsident ließ nicht mit sich reden, die Regierungsfaktionen folgten dessen Vorschlägen, und auch der juristisch versierte Staatssekretär im Schulministerium machte sich zum Anwalt der neuen Ideen. Verfassungsrechtliche Bedenken sah er nicht.

Jetzt sind Ministerpräsident, Landesregierung und Regierungsfaktionen vom Bundesverfassungsgericht eines besseren belehrt worden. Aufgrund der Klage zweier Betroffener kam der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts zu dem Ergebnis, daß „die Vergabe von Ämtern mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit den Kernbereich des nach Art. 33 Abs. 5 GG zu beachtenden Lebenszeitprinzips verletzt und die Regelung nichtig ist“.

Die nordrhein-westfälische Gesetzgebung hat demnach die Probe auf ihre Verfassungsmäßigkeit nicht bestanden.

Diese Zurechtweisung hätte man sich in Düsseldorf ersparen können. Aber die Politiker der Regierungsfaktionen haben nicht auf die besorgten Mahnungen gehört und die guten Begründungen für eine verfassungsrechtlich einwandfreie Gesetzgebung nicht zur Kenntnis genommen. (So hätte man sich einmal mit Bernhard Flucks Artikel, der den Mitgliedern der größeren Regierungsfaktion als Sonderdruck zugestellt worden ist, ernsthaft und gründlich auseinandersetzen sollen, zumal in ihm nicht nur die sachlichen Argumente ausgebreitet, sondern auch auf die einschlägige Rechtsprechung des BVG aus früheren Jahren verwiesen wurde).

Die Politiker wollten unbedingt basisdemokratische Elemente in das Bestellungsverfahren einbauen, wobei bis heute rätselhaft bleibt, warum man insofern von den jahrzehntelang selbst vertretenen Prinzipien ohne Not abgewichen ist.

Daß die betreffenden Paragraphen des Schulgesetzes jetzt geändert werden müssen, ist klar: Die Änderung muß zügig, sorgfältig und – natürlich – verfassungsgemäß erfolgen.

Die Landesregierung hat viel auf den Weg gebracht, das in der politischen Diskussion Zündstoff genug bietet. Vieles davon ist sachlich gut begründet und gesellschaftspolitisch sinnvoll. Dazu gehören die Einführung von G8, die Einführung des Zentralabiturs, die Wiedereinführung von Kopfnoten (um aus gegebenem Anlaß bei der Schulpolitik zu bleiben). Wie die Erfahrung lehrt, ist eine reibungslose Umsetzung nicht leicht. Man muß mit Widerstand rechnen, sogar mit von interessierter Seite geschürter Hysterie. Umso wichtiger ist, daß bei allen Veränderungen die Verfassungsgemäßheit gewahrt bleibt.

Darüber hinaus sollte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Anlaß sein, hergebrachte Formen zu durchdenken und sich ihren ursprünglichen Sinn bewußt zu machen, bevor man zu Änderungen schreitet. Dies gilt aktuell für die Lehrerbildung, bei der man ja auch einen spektakulären und umstrittenen Neuanfang versucht.

Ein Gutes hat das Urteil vielleicht: Es könnten wieder mehr geeignete Bewerber Interesse am Amt des Schulleiters haben, die sich aufgrund der basisdemokratischen Verwerfungen beim rechtlich fragwürdigen Berufungsverfahren bisher zurückgehalten haben.

*Ihr
Winfried Holzapfel*

Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

„Die Faszination der Heilslehren – der Weg in die Unfreiheit“ war Gegenstand einer Tagung, die der Bund Freiheit der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und dem Institut für unternehmerische Freiheit vom 22. bis 24. Februar veranstaltete. Sie fand in Gummersbach in der Theodor-Heuss-Akademie statt. Sie finden anschließend einen Bericht von Dr. Brigitte Pötter, der zusammen mit mehreren Referatstexten seit einiger Zeit auch auf der Website des BFW zu lesen ist. (S. 4 ff.)

Zum Thema „Bologna-Prozess und Bachelorisierung der deutschen Hochschulen“ sprach Pro-

fessor Kurt J. Reinschke am 23. Mai 2008 im Hörsaal unserer Geschäftsstelle in Berlin. Seit 1992 ist er Professor für Regelungs- und Steuerungstheorie an der TU Dresden und trat 2007 in den Ruhestand. Er ist einer der drei Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Wir veröffentlichen hier Auszüge aus dem Vortrag (S. 10 ff.). Aus Platzgründen können wir leider nicht den vollständigen Text drucken. Der Vortrag kann vollständig auf unserer Website nachgelesen und auch bei unserer Geschäftsstelle als Broschüre bestellt werden.

Die Berlin-Brandenburger Gruppe des Bundes Freiheit der Wissenschaft besuchte am 26. April 2008

die **Universität Jena**. Solche jährlichen Besichtigungen von Hochschulen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben inzwischen eine langjährige Tradition. (Bericht S. 8 f.)

Der Bund Freiheit der Wissenschaft versendet seit Juni 2007 in unregelmäßigen Abständen Rundschreiben per Email an ca. 1100 **Berliner Schulen**. Bisher sind acht Rundschreiben verschickt worden. Über das letzte Schreiben vom 13. April 2008 informieren wir unter „Bundesländer: Berlin“.

Professor Walter **Rüegg** gehört zu den Gründern des Bundes Freiheit der Wissenschaft und war 1970 bis 1974 (zuerst zu-

sammen mit Hermann Lübke und Hans Maier) einer der Vorsitzenden, die die Arbeit des Bundes für die Folgezeit prägten. Der bedeutende Gelehrte hatte sich als Rektor der Universität Frankfurt Studenten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) entgegengestellt, die durch gewaltsame Störungen die Freiheit der Wissenschaft beeinträchtigten, und war 1967 zum Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz gewählt worden. Am 4. April 2008 ist Walter Rüegg 90 Jahre alt geworden. Wir wünschen ihm, daß ihm seine bewundernswerte Schaffenskraft noch lange erhalten bleibt.

Hans Joachim Geisler

Am 9. Juni 2008 wäre Erwin K. Scheuch 80 Jahre geworden

Gedenktour auf dem Rhein

Als Erwin K. Scheuch 75-jährig im Jahre 2003 in Köln verstarb, wirkte er noch als einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft, dessen Mitbegründer im Jahre 1970 er schon gewesen war. Bis zuletzt hat er für den Erhalt der deutschen Idee der Universität, für Freiheit von Wissenschaft und Forschung und die Beachtung des Leistungsgedankens gestritten.

Jetzt gedachte eine große Schar des Freundes und Vorbildes bei einer Rheintour auf „MS Petersburg“, dem gleichen Schiff, auf das Erwin K. Scheuch zu seiner letzten Geburtstagsfeier im Jahr 2003 eingeladen hatte.

Die diesjährige Gastgeberin, seine Frau, Dr. Ute Scheuch, stellte dort auch den ersten Band der von ihr verfaßten Biographie ihres Mannes vor. Er zeichnet ein Porträt von Erwin K. Scheuch von frühester Jugend an, die er in sehr einfachen Verhältnissen verbrachte, bis zum angesehenen und etablierten Wissenschaftler im Jahre 1965. Er trägt den Titel: „Es mußte nicht Soziologie sein, aber es war besser so“.¹



Ein gutes Werk gelungen: Verlagslektor Volker Kempf, Dr. Ute Scheuch, Claudia Schmid (Layout) und Professor Peter Atteslander, der das würdigende Nachwort geschrieben hat

foto: fdw

Am Ende des Bandes würdigt sein Freund und Kollege Professor Dr. Peter Atteslander Erwin K. Scheuch aus persönlichem Erleben.

Viele Wissenschaftler, auch Lehrer aus frühen Jahren, Schüler und Freunde finden sich in Zitaten

und lebendig erinnerten Situationen wieder. Der rote Faden der Lebens- und Beruf(ung)sentwicklung wird verknüpft mit einer Kette anschaulicher Einzelszenen, was schon auf dem Schiff bei dem ein oder anderen Neugierigen lebhaft Resonanz auslöste.

Der zweite Band der Biographie kommt im Herbst dieses Jahres auf den Markt.

Winfried Holzappel

¹ Erschienen im Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried, ISBN 978-3-87336-361-8, 36,00 Euro

Die vierte Gummersbacher Tagung des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Die Faszination der Heilslehren – der Weg in die Unfreiheit

Warum ist in demokratischen Systemen immer wieder das Phänomen der Begeisterung für totalitäre Systeme zu beobachten?

Diese Frage wurde auf dem Seminar gestellt, das vom Bund Freiheit der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und dem Institut für unternehmerische Freiheit vom 22. bis 24. Februar 2008 in Gummersbach in der Theodor-Heuss-Akademie stattfand.

Es folgt eine Zusammenfassung der Tagung. Einige Vorträge können auch im Internet nachgelesen und bei Interesse ausgedruckt werden. Sie finden sich auf der Website des BFW (www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de).

„Allgegenwärtige Zwänge“

Die Tagung begann mit dem Vortrag von **Carlos A. Gebauer**, „**Der wiederholte Traum von einer Kuschelpolitik und das jeweilige Erwachen im Verwaltungszwang**“, in dem er die Zwangsläufigkeit zwischen angekündigtem Heil und dem Zwang zur und durch Verwaltung darstellte. Nach einer Erörterung über den Determinismus und über die Frage, ob der Mensch aus allem Vorherbestimmten und der Wiederkehr des immer Gleichen ausbrechen kann, kam er zu Fragen der Theologie und des Menschen als „Freigelassenem der Natur“. Der Mensch als freies, handlungsfähiges Individuum braucht ein Ziel, er muß sich über Sinn und Zweck seiner Unternehmungen im klaren sein. Die Religionen haben das Paradies, das Ziel, im Jenseits angesiedelt, während politische Heilslehren die Erreichung des Ziels zu Lebzeiten versprechen.

Wer jedoch darf das Ziel definieren? Das ist in der Regel eine Elite, die alleine in der Lage ist, Gesetze und Verordnungen „zum Wohle“ des (bald von ihnen abhängigen) Volkes zu erlassen.

So wird die soziale Gerechtigkeit als zu erreichendes Ziel definiert und die Gesellschaft unterteilt in diejenigen, die haben und geben, und diejenigen, die nichts haben und nehmen, bis alle gleich geworden sind. Natürlich sind die Menschen nicht von alleine so gut und gerecht, daß sie freiwillig hergeben, was sie erarbeitet haben, so daß das System zwangsläufig die Verwaltung schaffen muß, deren bürokratische Erfordernisse so lange eine ständige



Dr. Brigitte Pötter ist Mitglied des Erweiterten Vorstandes des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

Ausweitung derselben erfordern, bis der Einzelne an den verwaltungstechnischen Vorschriften erstickt. Die Macht über den Bürger hat fortan z. B. der Sozialversicherungsfachangestellte, an dessen Formularen niemand vorbeikommt.

Gebauer führte zahlreiche aktuelle, belegte und den Zuhörern z. T. wohlbekannte Beispiele vor allem aus dem Gesundheitswesen an und endete mit dem Appell, sich überall und jederzeit gegen die allgegenwärtigen Zwänge zur Wehr zu setzen.

„Liberalismus vs. Sozialismus“

Über „**Das Verschwinden der Mitte – Zum Wandel der politischen Einstellungen in Deutschland**“ sprach **Dr. Gerhard Hirscher**, dessen Präsentation auf der Website des BFW eingesehen werden kann.

Hirscher gliederte seinen Vortrag in vier Abschnitte,

- Links, Rechts, Mitte – wer ist wo?
- Wandel der politischen Einstellungen?
- Mehrheiten und politische Lager
- Konsequenzen für Politik und Gesellschaft

Er bezog sich auf Studien und Umfragen der Quandt-Stiftung, Emnid, FAZ, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsgruppe Wahlen und Allensbach. Auffällig ist, daß es Untersuchungen über die Mitte der Gesellschaft viel seltener gibt als Untersuchungen über extreme Positionen. Die empirischen Befunde ergeben zusammengefaßt eine soziologische Bedrohung der Mitte, zugleich aber eine hohe Selbsteinstufung als „Mitte“ bei Parteien und bei den Bürgern und eine schwache Position der Ränder, wobei aber bei der Positionierung „Links“ ein leichtes und wachsendes Übergewicht besteht.

Die politischen Einstellungen wandeln sich dahingehend, daß dem „Wert“ Gerechtigkeit eine zunehmend dominante Stellung eingeräumt wird, daß die Erwartungen an den Staat wachsen, ebenso wie das Mißtrauen gegen die Marktwirtschaft. Bei Bundestagswahlen gerät die Kombination Schwarz-Gelb gegenüber Rot-Grün ins Hintertreffen, während in den Ländern durchaus noch Mehrheiten für schwarz-gelbe Koalitionen möglich sind. Eine Prognose für die Zukunft läßt eine Massierung in der Mitte erwarten, wobei jedoch weiterhin eine Tendenz nach links – geprägt von der LINKEN – zu verzeichnen sein wird. Wahrscheinlich wird ein

fluides Fünf-Parteiensystem über längere Zeit stabil sein. Die Konsequenzen bestehen in schwieriger Bündnisbildung, steigendem Profilierungsdruck und Problemen vor allem für kleinere Parteien. Große Koalitionen werden ernsthafte Regierungsoptionen über 2009 hinaus sein. Es besteht die Gefahr eines wachsenden, medial beförderten Sozialpopulismus, so daß Umverteilung und Staatseingriffe zunehmen und eine Politik der Mitte immer schwieriger durchzusetzen sein wird.

Man muß das so nicht hinnehmen, denn die Gesellschaft ist lernfähig. Jedoch muß der steigende Anteil der Nichtwähler, die bei den Prognosen nicht berücksichtigt wurden, wieder mobilisiert werden. Die Begriffe Links und Rechts sollten in bezug auf Themen wie Wirtschaft, Ökologie, Kultur, Globalisierung durch Begriffe wie Liberalismus vs. Sozialismus ersetzt werden.

„Ethische Orientierungslosigkeit“

Der Vortrag von **Werner Rellecke** „Über die Faszination des Rechtsextremismus bei Jugendlichen“ und die Schaubilder dazu befinden sich auf der Website des BFW.

Werner Rellecke bezieht sich in seinen Aussagen auf politische Daten und langfristige Analysen, z. B. von Winfried Schubarth und Thomas Schmidt, die bereits vor längerer Zeit feststellten: „Es liegt die Schlußfolgerung nahe, daß das Akzeptanz- bzw. Sympathiepotential für den Nationalsozialismus unter Jugendlichen relativ konstant zu sein scheint und sich bei Schülern und Lehrlingen um die 15 Prozent bewegt, bei männlichen Jugendlichen z.T. noch deutlich darüber.“ Das deckt sich mit den Wahlergebnissen für die NPD in Sachsen aus dem Jahr 2004. Erfolgreich sind die Rechtsradikalen vor allem bei Jugendlichen anscheinend deshalb, weil sie sich als Anwälte des Volkswillens geben, „ehrliche, rechtschaffene, anständige Grundsätze“ haben und sich als die mittlerweile „einzigen Vertreter des bürgerlichen Lagers“ ausgeben, das „zu weit nach links gerutscht“ sei. Bedenklich ist, daß Kameradschaften Zulauf verzeichnen und ehemals bürgerliche Vereinigungen wie die JLO (ehemals Junge Landsmannschaft Ostpreußen) sich von radikalen Kräften haben vereinnahmen lassen und Definitionen von Extremismus verbreiten, die mißverständlich und

fernab von jeglichem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie sind. Die NPD gibt sich neokonservativ in Abgrenzung zur CDU und in Sachsen z. B. dezidiert gegen Extremismus und Totalitarismus, um breite Wählerschichten zu halten.

Die jugendlichen Rechtsaußen-Wähler sind demzufolge zum größeren Teil nicht als Protestwähler gegen etablierte Parteien einzuordnen, sondern sie wählen, was ihnen naheliegend erscheint, ohne dabei zu erkennen, daß es sich um ein Spiel mit dem Feuer handelt. Die verwandte Freizeitkultur – z. B. Heavy oder Black Metal und entsprechende Kleidung – ist nicht als politische Bewegung einzuordnen, obwohl gerade über Musik und jugendkulturelle Bezüge um Schüler als rechtsradikale Wähler geworben wird. Die Botschaft lautet: „Wir kümmern uns um Euch.“ Um die Jugendlichen, bei denen eine Faszination des Rechtsextremismus im größeren Umfang nicht vorliegt, zurückzugewinnen, sind neben politischer Bildung verstärkte Maßnahmen gegen das Problem der zunehmenden Verwahrlosung und der ethischen Orientierungslosigkeit erforderlich.

„Utopia in der Gegenwart“

Das „Elend der Utopien“ beschreibt **Friedrich Pohlmann** in einem Überblick über Entwicklung und unterschiedliche Ausprägungen der Utopien von Platon bis heute. Das Manuskript ist auf der Website des BFW einzusehen.

Der Begriff Utopie bedeutet auf Griechisch „Nichtort“ oder „Nirgendwo“. Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Utopie ist fast immer das „Gefühl einer umfassenden Gesellschaftskrise“. Schon bei Platon werden die Grundelemente benannt, die man – unterschiedlichen Schwerpunkten und Ausformungen zum Trotz – in den verschiedenen Utopien gleichermaßen findet: „Ziel ist die Schaffung eines vollkommen gerechten Gebildes mit ‚ewiger‘ Lebensdauer, der Zeit, jedem Wechsel enthoben, ein sich immer Gleiches, gegen jegliche innere Fäulnis gefeit.“ Es herrscht Geschlechtergleichheit, Liebe und Familie werden abgeschafft und die Kinder gehören allen, d.h. dem Staat, Privates gibt es nicht mehr. Erklärbar wird die Sehnsucht nach Utopia durch die „Angst vor der menschlichen Triebnatur“ und „durch den Überschwang

sakraler Erlösungs- und Gewaltwünsche“. Nur einer Elite wird die Fähigkeit zugeschrieben, die Gemeinschaft nach Utopia zu führen.

Neuere Utopien nehmen eine andere Bewertung der Arbeit vor, es gibt eine „Arbeitspflicht für alle“, die Technik soll dem Erreichen des Ziels Utopia dienen, und es wird das „Egalitätsprinzip als zentrales Regulativ“ eingeführt. Mitte des 18. Jahrhunderts wird die Raumutopia durch die Zeitutopia bereichert. Utopia liegt nicht im Nirgendwo, sondern „irgendwann in der Zukunft“. Damit rückt sie erstmals in den Bereich des politisch Machbaren. Bei Marx wird Utopie die „Wissenschaft mit Wahrheitsmonopol“ und durch revolutionäre Gewalt der „neue Mensch“ machbar. Die negativen Utopien des 20. Jahrhunderts verarbeiten die damit gemachten Erfahrungen und wandeln das Bild. „... die Zukunft erscheint nicht als Verheißung, sondern als totalitäres Schreckbild“ (z. B. Orwells „1984“ und „Brave New World“ von Aldous Huxley). Der Vergleich von Brave New World mit Erscheinungen unserer heutigen Gesellschaft rückt Utopia in die Gegenwart.

„Varianten des Totalitarismus“

Professor Dr. Eckhard Jesse sprach über **Die Faszination totalitärer Systeme und Ideologien** und faßt selbst zusammen:

Der Kommunismus muß als eine Utopie gelten, die in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll(te) – mit Gewalt, aber auch mit dem Anspruch auf die Erfüllung eines geschichtlichen Auftrages. Wer als gläubiger Kommunist die unerbittlichen Gesetze der Geschichte bejahte, gestand in den Schauprozessen seine Schuld ein, weil die Partei, die nicht irren konnte, es so wollte. Immer wieder wandten sich ehemalige Verfechter der kommunistischen Ideologie an die Öffentlichkeit, um vor ihren Versuchen zu warnen: Franz Borkenau, André Gide, Arthur Koestler, Ignazio Silone, Manès Sperber und viele andere mußten sich den Vorwurf des Renegatentums gefallen lassen. 1963 erschien eine von Horst Krüger herausgegebene Edition über „Das Ende einer Utopie“. Exkommunisten wie Leo Bauer, Ralph Giordano, Alfred Kantorowicz, Günther Zehm, Gerhard Zwerenz rechneten mit jener Ideologie ab, zu der sie sich noch vor einiger Zeit bekannt hatten.

Waren dies desillusionierte „Einzelkämpfer“, so ist heute – nach dem Zusammenbruch des Kommunismus mit seinen desaströsen Hinterlassenschaften – auf breiter Front eine Absage an kommunistische Utopien erkennbar. Joachim Fest spricht wie viele andere sogar vom „Ende des utopischen Zeitalters“. „Was jetzt zu Ende geht, ist nichts anderes als der letzte jener Träume, in denen die Welt nach neuen und doch uralten Vorstellungen geformt war.“ Das Ende der Epoche zeige sich in der Absage an Gesellschaftsentwürfe einer idealen Welt.

Scheint diese Diagnose nicht triftig zu sein, wenn man sich den historischen Gezeitenwechsel vor Augen hält? Doch ist Vorsicht geboten. Gegenwärtig heißt es oft, der Kommunismus sei nach seinem Zusammenbruch „diskreditiert“. Die Formulierung ist verräterisch und wirft Licht auf den Opportunismus nicht nur von Intellektuellen, die sich an der Macht orientieren, obwohl sie gerne wider den Stachel der Mächtigen löcken. Schließlich hängt die Diskreditierung des Kommunismus nicht von seinem Scheitern ab. Die Inhumanität kommunistischer Bestrebungen lag doch längst offen zutage, als sie nicht nur die Sowjetunion und in deren Satellitenstaaten, sondern auch in Ländern der Dritten Welt und selbst in der westlichen Hemisphäre gewissen Anklang fanden.

Der jähe Zusammenbruch des Realsozialismus sollte weniger Immunisierungsstrategien befördern, sondern Reflexionen über die Natur rechts- wie linkstotalitärer Gesellschaften ermöglichen. Was lange versäumt oder nur halbherzig betrieben worden ist, bedarf der Analyse: Worin unterscheiden sich Varianten des Totalitarismus von einander? Ist es angemessen gewesen, den „Staatssozialismus“ von dem von Grund auf als verderbt angesehenen rechten Totalitarismus abzuheben, weil den Zielen der ersten Richtung infolge einer großen Utopie immer noch revolutionäre Gerechtigkeit innewohnt? Müssen viele Intellektuelle nicht selbstkritisch fragen, ob sie utopische Verheißungen für bare Münze genommen haben, statt ihre inhumanen Konsequenzen ideologiekritisch bloßzulegen? Gibt es überhaupt totalitäre Gesellschaften ohne die Sehnsucht nach einer Utopie? Wodurch zeichnet sich eine totalitäre Gesellschaft aus? Sind Archipel GULag und Auschwitz der konse-

quente Ausdruck einer mit utopischen Elementen angereicherten Ideologie? Ist das Gefährliche am Totalitarismus weniger die nackte Gewalt als vielmehr die mit utopischen Elementen versehene Ideologie, die dem System einen pseudodemokratischen Anstrich verliehen hat? Besteht wirklich ein unverbrüchlicher Zusammenhang zwischen Gewalt und Utopien? Oder ist terreur eine zwangsläufige Folge von Utopien?

Gegenwärtig analysieren Wissenschaftler und Publizisten leidenschaftlich das Problem, wieso der Kommunismus in vielen Ländern der Welt urplötzlich von der politischen Bildfläche verschwunden ist. So ausufernd diese Frage erörtert wird, so wenig kommt die Kehrseite zur Sprache. Wieso konnten kommunistische Systeme überhaupt derart lange lebensfähig sein? Die Antworten mögen vielfältig ausfallen. Zu den Faktoren, die das Hinscheiden kommunistischer Systeme verzögert haben, gehört das Festhalten an Utopien, die in ihr Gegenteil umgeschlagen sind – und wohl auch umschlagen mußten.

„Kuschelig und warm“

In einem Kamingsgespräch stellte **Sascha Tamm** „Linke und rechte Utopien in der parteipolitischen Realität“ vor:

Keine Partei strebt heute Utopia an, aber es gibt in allen Parteien Tendenzen zu Teilen von Utopien. Konflikte sollen ausgemerzt werden, alles soll wohlgeordnet sein und jeder seinen Platz haben. Die Programme extremer Parteien ähneln sich. Für die Linke gilt:

Es gibt eine grundlegende Feindschaft gegenüber dem individuellen Eigentum. Eine Zivilgesellschaft verwaltet das öffentliche Eigentum demokratisch, es gibt Wirtschaftsräte auf jeder Ebene, was nicht nach Planwirtschaft klingt und deshalb linke Wähler mit Gedächtnis nicht abschreckt. Wer im privaten Sektor keine Arbeit findet, soll im öffentlichen Bereich unterkommen. Auch bei den Rechten sind gleichartige Tendenzen aus den Programmen herauszulesen, wobei alles im Namen der Freiheit stattfinden soll, jedoch zusätz-

lich Deutschtum und Ausländerhaß eine Rolle spielen. Beides ist als extrem gefährlich einzustufen, da alles so „kuschelig und warm“ daherkommt, jedoch letztlich zur Machtkonzentration und Entmündigung des Individuums führt.

Mangel und Ahnungslosigkeit – Wer baute die Mauer?

Uwe Hillmer stellte die Ergebnisse einer Umfrage unter Schülern unter dem Titel „Die DDR als verlorenes Paradies?“ vor.

Die Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin kann man über die Website des BFW aufrufen oder direkt über: www.spiegel.de/schulspiegel.de

Es wurden 5000 Schüler der 10. und 11. Klassen aus den Bundesländern Bayern, Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen befragt, wobei jedoch in erster Linie in Berlin Schwierigkeiten und Blockaden von seiten der Schulen und der Schulverwaltungen überwunden werden mußten, was nicht in allen Fällen gelang. Mitarbeiter des Forschungsverbundes führten Interviews, Gruppengespräche, jeweils mit Schülern und Lehrern, und es gab einen standardisierten Fragebogen.

Alle Vorträge und Präsentationen abzdrukken, hätte den Umfang des Heftes gesprengt. Interessierte können sich die gewünschten Materialien aus dem Internet ausdrucken unter: www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de, indem sie die Meldung vom 28. April 2008 aufsuchen und den Pfeilen folgen. In Einzelfällen kann auch Material über die Geschäftsstelle bezogen werden.

Man rechnete mit relativ wenig faktischem Wissen über die DDR, aber über den dann festgestellten eklatanten Mangel war man doch überrascht. Konrad Adenauer wird sowohl der Bundesrepublik als auch der

DDR zugeordnet, Ludwig Erhard ist gänzlich unbekannt. Berliner Bezirke können nicht Ost oder West zugeordnet werden. Friedrichshain ist toll wegen seiner guten Kneipen, aber es gibt wenig Ahnung davon, daß das zu DDR-Zeiten völlig anders war. Was ist die Bundesrepublik, wir leben doch in Deutschland? Auf die Frage nach der Datierung des Mauerbaus wurden fast alle Jahre zwischen 1948 und 1997 genannt, und für viele wurde sie von den Alliierten oder der Bundesrepublik gebaut.

Gravierender jedoch als die augenfälligen Wissenslücken ist die fehlende Trennschärfe bei der Einschätzung von Unterschieden zwischen Demokratie und Diktatur. Etwas ausgeprägter bei den Schülern im Osten erschreckt die hohe Zahl der Befragten in Ost und West, die im Sinne einer Äquidistanz-Beurteilung zwischen DDR und Bundesrepublik keine deutlichen Unterschiede benennen können. „Das hieß nur anders, war aber so was Ähnliches“ wird mit Bezug auf Bundestag, Volkskammer oder allgemein auf parlamentarische Demokratie oder sog. Volksdemokratie immer wieder geäußert.

Übernahme von Vorurteilen und Falschinformationen

Dabei sind sich die Schüler ihres mangelnden Wissens durchaus bewußt. Sie sind im Grunde unvoreingenommen neugierig und wünschen sich mehr Unterricht zur DDR, da sie bisher nur Filme („Sonnenallee“) oder die Erzählungen ihrer Verwandten kennen, wobei sie in Ermangelung besserer Informationen natürlich deren Vorurteile übernehmen, in Ost wie in West.

Im Gespräch mit ehemaligen DDR-Lehrern ergibt sich eine Vermischung von Lebensgeschichte mit Systemgeschichte: Das Bildungswesen war besser, denn „Finnland hat PISA gewonnen, weil es das DDR-Schulsystem übernommen hat“. Die DDR war kein Unrechtsstaat, sie war Heimat, man war behütet und man war antifaschistisch! Leider waren die Konsummöglichkeiten begrenzt, mancher empfindet sich als im Westen nicht angekommen, zu angepaßt und ungeübt im Umgang mit Konflikten. West-Lehrer dagegen halten oft die DDR für schlechtgemacht, aber doch für das bessere Deutschland (Solidarität mit der 3. Welt, Einheitsschule, bessere Gesundheitsversorgung), allerdings räumen auch sie gravierende Versorgungsmängel ein.

Der Verklärung der DDR als Sozial- und Umweltparadies liegt offensichtlich keine ideologische Verblendung der Schüler zugrunde, sondern mangelnde Aufklärung durch die Erwachsenen. Es ist daher dringend erforderlich, Wissen über die DDR (und die Bundesrepublik) in den Schulen zu vermitteln. Die Schüler müssen lernen, anhand eindeutig zu benennender Kriterien klare Unterscheidungen zwischen Demokratie und

Diktatur treffen zu können. Das erfordert politischen Handlungswillen und die Bereitwilligkeit zur Umsetzung in den Schulverwaltungen und Schulen.

Aus der Sicht vieler Zuhörer scheint es fraglich, ob dieser Wille tatsächlich überall vorhanden ist.

„Sozialversicherungsuntertanen“

Warum wird für viele Bürger Gleichheit zunehmend wichtiger als Freiheit? Über diese Frage referierte zum Abschluß der Tagung **Professor Dr. Gerd Habermann**.

Noch ist laut Umfragen von Allensbach Freiheit wichtiger als Gleichheit, allerdings verschieben sich die Relationen zusehends und Freiheit ist für viele nur noch ein schwammiger Begriff, jedoch kein Wert an sich. Gleichheit kommt als soziale Gerechtigkeit daher und ist die dominierende Verführung unserer Zeit. Die Deutschen wünschen sich mehr Sicherheit, mehr Kontrolle. Dazu paßt, daß mittlerweile schon ein Drittel des Bruttosozialproduktes vom Staat umverteilt wird. Diese Art der Sozialpolitik strahlt in andere Politikbereiche aus und beeinflusst in beträchtlichem Maße z. B. die Bildungspolitik (Einheitsschule preßt die Schüler zur Gleichheit), die Familienpolitik zerstört die Familie, wobei die Familienwerte wie Liebe, Fürsorge, Verantwortung für alle vom Staat übernommen werden sollen. Kennzeichnend für die Entwicklung sind Antidiskriminierungsgesetz, Nichtraucherschutzgesetz, Aushöhlung des Eigentumsrechtes usw. Bildungsinhalte sind so gestaltet, daß junge Leute schon verdorben von Umverteilungsansprüchen in den Lebenskampf ziehen.

Die geforderte Chancengleichheit kann es nicht geben, da Elternhaus, Gesundheit, Charakter, Charme, Bindung zur Religion usw. das Individuum prägen und die Chancen auf Erfolg oder Mißerfolg beeinflussen. Nutznießer der Umverteilung ist die breite Masse der „Schlechterverdienenden“, die deswegen an der Gleichheit der Lebensbedingungen interessiert sind. Die Gerechtigkeit unserer althergebrachten Moral- und Wertvorstellungen ist Grundlage des heutigen Zivilrechts. „Sozial gerecht“ dagegen heißt gegenwärtig, daß zwei Arme dem Dritten, dem „Reichen“ etwas wegnehmen.

Eine Grafik mit Daten zu Brutto- und Nettoeinkommen verschiedener Haushalte zeigt, daß der Wohlfahrtsstaat arm macht. Unter Einbeziehung aller Abgaben bleibt je nach Familienstand vom Gehalt nur 1/3 bis die Hälfte übrig, wobei Subventionen die dramatische Lage von Fall zu Fall etwas verbessern. Diese jedoch führen dazu, daß 60 % der Wähler von staatlichen Zuwendungen abhängig geworden sind. Wir alle sind zu „Sozialversicherungsuntertanen“ geworden, die kein Anrecht mehr auf den vollen Lohn ihrer Arbeit haben.

Obwohl es in Deutschland eine große Freiheitstradition gibt, befindet sich die Freiheit auf dem Rückzug. Es droht die Zerstörung unserer gesellschaftlichen Ordnung, wenn nicht eine andere, eine freiheitliche Ordnung dagegen gesetzt wird, deren Verfechtung durch eine Partei auch einen großen Teil der Nichtwähler zurück an die Urnen holen könnte. Es scheint, als glaube die Mehrheit im Grunde an die ethischen Grundsätze des Sozialismus. Dem setzte Habermann – die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips im Auge – ein Zitat von Abraham Lincoln entgegen: „Wenn Du eine hilfreiche Hand brauchst, suche sie am Ende Deines rechten Arms!“

Brigitte Pötter

Gummersbacher Tagung 2008

Veranstalter:

Bund Freiheit der Wissenschaft
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Institut für unternehmerische Freiheit

Referenten:

Carlos A. Gebauer
Gerd Habermann
Uwe Hillmer
Gerhard Hirscher
Eckhard Jesse
Werner Rellecke
Sascha Tamm

Organisation:

(seitens des BFW)
Dr. Brigitte Pötter

Zeit und Ort:

22. bis 24. Februar
Theodor-Heuss-Akademie

Wechselvolle Geschichte mit vielen Blüteperioden

Der BFW besucht die Universität Jena

Die Berlin-Brandenburger Gruppe des Bundes Freiheit der Wissenschaft lenkte – wie in jedem Jahr – ihren Jahresausflug in eine Universitätsstadt, um die Vielfalt der wissenschaftlichen Leistungen, das Verhältnis von Universität und Bevölkerung, den Zusammenhang von Wissenschaft und Wirtschaft kennen zu lernen und ihren Horizont zu erweitern. Die zehnte Reise führte 2008 in das traditionsreiche Jena, Jubilarin und zugleich diesjährige „Stadt der Wissenschaft“.

Rektor Prof. Dr. Klaus Dicke nahm sich Zeit, persönlich die Geschichte und die aktuelle Lage der Universität darzustellen. Sie begeht 2008 ihr 450jähriges Bestehen, was sie vor zehn Jahren schon tun konnte, denn man feiert nicht den eigentlichen Beginn der Lehrveranstaltungen, sondern das kaiserliche Privileg. Mit ihm erkannte die Reichsgewalt Herzog Johann Friedrichs des Großmütigen neue „Salana“ an (die Universität an der Saale, ein Name ähnlich jenem der „Viadrina“). Sie mußte für die ernstinische Linie der Wettiner der Landesuniversität Wittenberg ersetzen, die nach dem Schmalkaldischen Krieg der albertinischen Linie zufiel.

Große Namen der deutschen Klassik und Romantik

Magnifizienz Dicke stellte drei Blüteperioden der Universität dar. In Symbiose mit dem Weimarer Hof erlebte die Salana 1776–1806 ihren ersten Höhepunkt, als fast die gesamte geistige Elite der deutschen Klassik und ein Teil der romantischen Köpfe in Jena lehrte, studierte oder sich zumindest längere Zeit aufhielt: Fichte, Hegel, Novalis, die Humboldts, Schelling, die Brüder Schlegel und natürlich das Doppelgestirn Goethe-Schiller. Der leitende Minister ließ die Bibliothek katalogisieren, der leidenschaftliche Schwabe wirkte in einer Professur für Philosophie, die er eigenmächtig zum Fach Geschichte umwidmete. Fichte entwickelte einen neuen Freiheitsbegriff und nötigte ihn auch dem widerstrebenden Herrscher auf: Philosophische Spekulation liege außerhalb juristischer Nachprüfung. Rudolf Smend nannte Jena und Fichte „Ausgangspunkt der eigent-

lichen Geschichte der akademischen Lehrfreiheit“. Der berechtigte Stolz Jenas auf diesen Denker erinnert an einen Hinweis in Greifswald ein Jahr zuvor. Dort gibt es aberwitzige Dozenten, die eine Seminararbeit zurückweisen, wenn sie den amtlichen Namen „Ernst-Moritz-Arndt-Universität“ trägt.

1806 stand der Name Jena für die Katastrophe Preußens, und auch das Herzogtum Sachsen-Weimar litt unter den Siegern. Goethe heiratete bekanntlich die Mutter seiner Kinder, weil sie ihn und das Haus so beherzt gegen französische Soldaten verteidigte. Die Universität bestand aber weiter, und sie blieb in Geisteswissenschaften und Medizin bedeutend. Nicht wenige ihrer Studenten meldeten sich 1813 zum Lützow'schen Freikorps. 1815 entstand in Jena die „Urburschenschaft“, bald danach aber auch die radikale Gruppe um Karl Follen und Karl Ludwig Sand, dessen Mordtat die verstärkte Reaktion des „Metternich'schen Systems“ hervorrief, die Karlsbader Beschlüsse. Zu den Marginalien der Geschichte gehört, daß man an der Salana *in absentia* promovieren konnte, was ein Ausländer aus dem preußischen Trier namens Karl Marx 1841 tat. Immerhin darf man unterstellen, daß der Promovend Jena wenigstens als Begriff kannte, was man von dem zeitweise nach ihm benannten Chemnitz ebenso wenig behaupten darf wie von Neuhardenberg („Marxwalde“).

Technische Innovationen und Lebensphilosophie

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhob sich die Salana zu einer weiteren Blüte. Der Universitätsmechanikus Carl Zeiss, der Physiker Ernst Abbe und der Chemiker Otto Schott begründeten die Produktionsstätten einer vielfältigen Glasverarbeitung. Vor allem im Bereich der Optik rückte Deutschland seit der Kaiserzeit zur Weltspitze auf – neben Stahl-, Chemie- und Elektroindustrie.

Doch die Universität Jena beschränkte sich nicht auf technische Innovationen. Mit Ernst Heckel, der Darwins Lehre in Deutschland verbreitete, mit Rudolf

Eucken, dessen sozialetischer Idealismus einen wichtigen Teil der Lebensphilosophie vertrat, und dem Indogermanisten Berthold Delbrück besaß sie Wissenschaftler höchsten Ranges auch in der Philosophischen Fakultät. Alte Mitglieder der Notgemeinschaft für eine freie Universität merken auch auf beim Namen des Altphilologen Karl Nipperdey, und der Vater unseres Thomas Nipperdey, der Staats- und Arbeitsrechtler Hans Carl Nipperdey, lehrte ebenfalls einige Zeit in Jena.

Umbenennung

Noch vor der eigentlichen Zeit des Nationalsozialismus erhielt Jena eine Auszeichnung, deren man sich heute nicht mehr rühmt. 1930 trat Hans F. K. Günther eine Professur für Sozialanthropologie an; bei der Antrittsvorlesung saßen sein Führer und der spätere Reichsmarschall unter den Zuhörern (1935 wechselte er nach Berlin). Im Sinne der Ideologie und ihrer Selbstprojektion in die Geschichte lag es aber auch, die Salana 1934 „Friedrich-Schiller-Universität“ zu nennen; gleichzeitig erhielt die Greifswalder jenen Namen Ernst Moritz Arndts und die Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg den Martin Luthers. Als Vorkämpfer des damaligen Regimes verstanden, überlebten diese Patrone bis heute, weil auch die nachfolgenden politischen Systeme sich ihnen nicht grundsätzlich entgegenstellen konnten.

Medizin, Mikroelektronik und ideologische Propaganda

Nach 1945 behielten Medizin und Naturwissenschaften weitgehend ihren Rang. Hans Knöll etwa brachte die industrielle Produktion des Penizillins zur Reife. Die Jenenser Mikroelektronik half der russischen Weltraumfahrt, ihre Produkte finden sich jedoch nicht weniger in amerikanischen Sonden. Gleichwohl sanken natürlich andere Fächer zur ideologischen Propaganda ab (wie wir das leider auch unter dem Grundgesetz mangels staatlicher Unterstützung unserer Gegenwehr an manchen Universitäten beobachten mußten).

Die Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert bildet den Gegenstand eines umfangreichen Forschungsprojekts, dessen Ergebnisse bereits mehrere Bände füllen.

Neustrukturierung nach 1989

1989 stieß die Hohe Schule ihre Reform ohne Befehl von oben an. Die Neustrukturierung gelang, so Professor Dicke, „ohne Exzesse“. Dazu verhalf ihr ein dreifaches Startkapital:

1. Die Weimarer Klassik. Entsprechend stieg der Ruf der Fächer Geschichte und Germanistik schnell wieder an.
2. Die Symbiose Zeiss-Abbe-Schott. Sie überlebte auch die DDR.
3. Die kultivierte Lehrtradition. Sie zeigt sich auch heute, wenn Studenten sich – z. B. im Internet – über die Qualität ihrer Professoren äußern. Für diese Lehrtradition stand übrigens auch der rhetorisch glänzende und fesselnde Vortrag Professor Dikes.

Gründlich vorbereitete Neuberufungen führten die Jenenser Universität schnell wieder auf einen hervorragenden Platz. Gut gelang es dabei, Wissenschaftler aus Ost und West zu integrieren, so daß es heute kaum noch eine Rolle spielt, woher jemand kommt. Erhalten blieb die Interdisziplinarität, an ihre Seite trat, wiederbelebt, der besondere Geist wissenschaftlicher Freiheit, als dessen äußeres Zeichen die Talare dienen können. Magnifizienz und Spektabilitäten nutzen sie bei Universitätsfeiern.

Der Spektabilitäten gibt es zehn, denn neben den klassischen Fakultäten für Theologie, Jura, Philosophie und Medizin hat Jena mit

- Wirtschaftswissenschaften,
- Sozial- und Verhaltenswissenschaften,
- Physik und Astronomie,
- Chemie und Geowissenschaften sowie
- Biologie und Pharmazie

bemerkenswerte Ausgliederungen, davon allein drei naturwissenschaftliche.

Zu den interdisziplinären Forschungsschwerpunkten zählen *Dynamik komplexer biologischer Systeme*, das auf

Psychologie, Soziologie und Ökonomie gestützte Thema *Menschen im sozialen Wandel*, ebenso die *Biogeologie*, wo man zum Beispiel die Behandlung von Kontaminationen, die Rekultivierung und die Hydrogeologie behandelt. Der ersten Glanzzeit widmet sich *Jena um 1800*. Eine weitere Querstruktur, die *Sozialwissenschaftliche Altersforschung*, vermag Erkenntnisse zur Bewältigung des „demographischen Wandels“ zu vermitteln.

Universität und Stadt

Parallel zum Wiederaufstieg der Alma Mater wandelte sich die Struktur der Stadt: Gab es 1990 etwa 5 000 Studenten, aber 27 000 Mitarbeiter der optischen Industrie, so studieren heute an der Friedrich-Schiller-Universität 20 000 Menschen, aber die optische Industrie beschäftigt nur noch 1 800. Gleichwohl zieht Jena mit (nur) 10 % Arbeitslosigkeit qualifizierte Arbeitskräfte aus der näheren und fernen Umgebung an. Der Strukturwandel verlief also etwas glimpflicher als in mancher anderen Stadt des Ostens.

Ein Problem, das Stadt und Hochschule gut lösen und in eine Chance umwandeln konnten, bilden die Masenfächer in einer Stadtuniversität, die nur einige Fächer in einem „Campus“ unterbringt, die meisten Institute aber mitten in der Stadt unterhält. Bildet die Nähe zur Stadt und ihren Bewohnern eher ein Kapital, mit dem sich wuchern läßt, so gaben die vereinigten Kultusminister der Alma Mater eine Aufgabe, die ihr noch lange schwerfallen wird: Das Bachelor-Master-Problem. Eine Internationalisierung dürfe man nicht erwarten. Stauche man den Magisterstudiengang auf sechs Semester, so Magnifizienz Dicke, „geht’s schief“. Gleichwohl vermag er Optimismus zu wecken, die Universität werde diese Belastung auch meistern und ihr hohes, international vergleichbares Niveau halten, wenn auch der Bachelor einen Riesenaufwand an Bürokratie erzeuge. Man könne ihn sich sogar in der Juristenausbildung vorstellen – für *rechtsberatende* Berufe. Der „Volljurist“ bleibe erhalten. Notwendig seien allgemein klare Abgrenzung und konsekutiver Aufbau des Studiengangs, kleine Gruppen im Studium, Offenheit für Aufbaustudenten aus anderen Fächern.

Durch das Hauptgebäude, als einziges Universitätsgebäude des namhaften Architekten Theodor Fischer vor dem Ersten Weltkrieg errichtet, führte ein Mitarbeiter der Universität. Er wies vor allem auf drei Hauptwerke hin: Die neun Musen im Senatssaal gehören zu den bedeutendsten Werken der Jugendstilmalerei, allerdings übertrifft sie die Büste der Minerva, mit der sich einst Auguste Rodin für den Ehrendoktor bedankte, und das eigenartig un militärisch-unheldische Gemälde Ferdinand Hodlers im Auditorium Maximum, den Auszug der Jenenser Freiwilligen zum Lützowschen Korps 1813 zeigend.

Bei der Führung durch die Stadt zeigten sich die traurigen Kriegsverluste der Stadt, die noch 1945 zerbombt wurde, aber noch trauriger stimmte das ganze Viertel, welches Ulbricht niederlegen ließ um des „Universitäts-turmes“ willen. Diesen Turm brauchte und nutzte die Universität nie; der Name entstand wohl analog zum Leipziger Gegenstück, dem dort die gotische Universitätskirche zum Opfer fiel. Der „Penis Jenensis“, offiziell inzwischen wenig einfallsreich „Jen-Tower“, steht auch heute großenteils leer.

Eindrucksvolles Ensemble

Allen Verlusten zum Trotz bildet die Stadt ein eindrucksvolles Ensemble, seien es die erhaltenen Bauten früherer Jahrhunderte, seien es die ehemaligen Gebäude der optischen Industrie mitten in der Stadt, die heute universitären Instituten dienen, seien es aber auch die vielen Tafeln mit Berühmtheiten der europäischen Wissenschafts- und (allgemein) Geistesgeschichte.

Die Stadtführung kam am Wohnhaus Anton Wilhelm Amos vorbei, des ersten und wahrscheinlich einzigen Schwarzafricaners, der an einer deutschen Universität im 18. Jahrhundert lehrte. Sein wissenschaftlicher Schwerpunkt lag aber eher in Halle.

Eberhard Grünert

Aktuelles über Universität, Fakultäten, Forschung und Studium im Internet unter:

<http://www.uni-jena.de>

Professor Dr. Kurt J. Reinschke

Zur Person

Geboren in Zwickau/Sa., Abitur in Cottbus/NL., Studium an der Abteilung Mathematik und Physik der TU Dresden, Promotionen als Externer zum Dr.-Ing. (E-Technik, 1966) und Dr.rer.nat. (Mathematik, 1969) sowie Habilitation (1971). Neben hauptamtlicher Tätigkeit in der elektronischen Industrie und am Zentralinstitut für Kybernetik der Akademie der Wissenschaften der DDR seit 1968 selbständige Lehrtätigkeit in Dresden, Chemnitz, Ilmenau und Cottbus. Ab 1992 Professor für Regelungs- und Steuerungstheorie an der Fakultät Elektrotechnik und Informationstechnik der TU Dresden.

Autor mehrerer Bücher über Zuverlässigkeit von Systemen, physikalische Netzwerke und Regelungstechnik.

Seit 2004 ist Professor Dr. Kurt J. Reinschke einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Lernens befinden. Die Regierung Tony Blair erfüllte damit ihre Verpflichtung, im Vereinigten Königreich den Anteil der Erwerbstätigen mit zertifizierten Abschlüssen zu erhöhen.

In Großbritannien werden gleichlautende akademische Abschlüsse verschiedener Einrichtungen den dortigen Traditionen gemäß keineswegs als gleichwertig angesehen. Die bildungsbeflissenen Briten kennen eine Rangordnung unter den Universitäten, beginnend mit „Oxbridge“ und endend mit den früheren Polytechnics, die unter der Premierministerin Thatcher zu Universitäten avancierten.

Auch die angebotenen Ausbildungsgänge sind von Einrichtung zu Einrichtung verschieden und für Ueingeweihte nicht leicht zu durchschauen. Ein Beispiel: Das vierjährige Ingenieurstudium am Engineering-Department der Universität Cambridge schließt mit zwei Graden ab, jeder Absolvent wird Bachelor of Arts (B.A.) und zugleich Master of Engineering (M.Eng.). Einige Jahre danach kann ein so Graduerter – ohne weitere Studien und Examina – zusätzlich noch den Master of Arts (M.A.) beantragen und bekommt diesen dritten Titel ohne weiteres – abgesehen von einer Verwaltungsgebühr – verliehen. Um jedoch einen Master of Philosophy (M.Phil.) zu erwerben, muß er zusätzlich einen einjährigen Kurs belegen, der zu zeitlich etwa gleichen Anteilen aus Lehrveranstaltungsbesuch und Arbeit an einem Forschungsprojekt – die Ergebnisse sind in einer Thesis zu dokumentieren – besteht. Eine planmäßige Ausbildung zum Master of Science (M.Sc.) ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Trotzdem wird der Titel gelegentlich vergeben, und zwar für solche Ph.D.-Kandidaten, die das Cambridger Promotionsniveau nicht erreichen, also als Trostpflaster für Ph.D.-Studienabbrecher.

Auf den Internetseiten der Kultusministerkonferenz (KMK) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) finden sich seit Jahren die folgenden Behauptungen:

Der Bologna-Prozeß erzwingt eine umfassende Reform der deutschen Hochschulen und ihrer Studienangebote sowie Studienabschlüsse.

Dabei geben die deutschen Bildungsreformprotagonisten immer wieder kund, den objektiven Gesetzen der Globalisierung zu folgen, das deutsche

Bildungssystem international zukunftsfähig machen zu wollen und sich am Bildungssystem der USA zu orientieren.

Hochschulwesen in den USA

Ich bin dafür dankbar, daß mir in den 1990er Jahren die Chance geboten wurde, im Rahmen eines Projektes, das vom Deutschen Auswärtigen Amt und der United States Information Agency für Führungskräfte aus den neuen Bundesländern durchgeführt wurde, das Bildungswesen in den USA zu studieren. Die zwölf deutschen Teilnehmer des Projekts wurden im Verlauf mehrerer Wochen in Washington, D.C., in St. Louis, Missouri, in Portland, Oregon, und in Orlando, Florida, vertraut gemacht mit

der Geschichte und institutionellen Entwicklung,

dem organisatorischen Aufbau und der Philosophie des Hochschulwesens,

dem Zusammenspiel von Forschung und Lehre,

den Partnerschaften zwischen Hoch- und Sekundärschulen, Kommunen und regionaler Industrie, aber auch

mit dem amerikanischen Wertesystem

einschließlich der Probleme des Pluralismus, der Immigration und der interkulturellen Zusammenarbeit.

Die USA verfügen über ein vielfältiges Hochschulwesen im kontinentalen Maßstab, das nur zu etwa einem Drittel aus öffentlichen Etats finanziert wird. Es umfaßt wenige Elite-Universitäten wie die Harvard University an der Ostküste oder das California Institute of Technology an der Westküste, in denen die Spitzenforschung beheimatet ist und der Geist der Forschungsuniversität Humboldtscher Prägung weht.

Zahlreicher sind die soliden, aber nicht elitären State Universities, Professional Schools (law, medicine) und Four Year Colleges, schließlich kommen die Junior Colleges und Community Colleges. Der Übergang von einer Institution zu einer anderen ist grundsätzlich möglich. Dem Bedarf eines demokratischen Massensystems an Hochschulbildung wird so Rechnung getragen. Präsident Bush der Ältere hatte bereits gefordert, daß die USA zu einer Nation von lebenslang Lernenden werden sollten.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß viele deutsche Bildungsexperten, die meinen, daß Deutschland dem US-amerikanischen Muster folgen sollte oder könnte, dieses weder in seiner historischen Entwicklung noch in seiner heutigen Komplexität gut kennen. Das möchte ich am Beispiel des Bachelor-Grades erläutern.

Das Geschäft der Universität

In seinen „Gelegentlichen Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn“ (veröffentlicht 1808) hatte Schleiermacher ausgeführt, daß es Sache der Schulen sei, unstrittiges und unmittelbar anwendbares Wissen zu lehren sowie nützliche Fertigkeiten zu vermitteln, während „das Geschäft der Universität“ ein anderes sei:

„Die Idee der Wissenschaft in den edleren, mit Kenntnissen mancher Art schon ausgerüsteten Jünglingen zu erwecken, ihr zur Herrschaft über sie zu verhelfen auf demjenigen Gebiet der Erkenntnis, dem jeder sich besonders widmen will, so daß es ihnen zur Natur werde, alles aus dem Gesichtspunkt der Wissenschaft zu betrachten, alles einzelne nicht für sich, sondern in seinen nächsten wissenschaftlichen Verbindungen anzuschauen, in beständiger Beziehung auf die Einheit und Allheit der Erkenntnis, daß sie lernen, in jedem Denken sich der Grundgesetze der Wissenschaft bewußt zu werden, und eben dadurch das Vermögen selbst zu forschen, zu erfinden und darzustellen, allmählich in sich herauszuarbeiten, das ist das Geschäft der Universität.“

Bildung

Hans Maier, der frühere bayerische Kultusminister, hat das tradierte deutsche Bildungskonzept in einem Satz treffend zusammengefaßt:

„Bildung hat, wer seine Person entfaltet in dem Raum und Rahmen, in den er hineingestellt ist und in dem er Verantwortung zu übernehmen bereit ist.“

Bachelor in den USA

Ungeachtet aller Variationen zwischen den amerikanischen Hochschulen wird stets als erster akademischer Grad der Bachelor-Titel erworben, in der Regel als Bachelor of Arts (B.A.). Er setzt ein vierjähriges Studium nach dem High-School-Abschluß voraus. In den ersten zwei Jahren belegen die Freshmen und Sophomores mehrere allgemeinbildende Kurse, die deutschem Oberrealschulunterricht entsprechen. Erst im dritten und vierten Jahr konzentrieren sich die Lernenden, nun Juniors und Seniors genannt, wenigstens teilweise auf ein Hauptfach, ihren Major, um herauszufinden, welche weiterführende Fachausbildung im Rahmen eines anschließenden Master-Studiums zu den eigenen Fähigkeiten und Neigungen passen könnte – sei es zum Arzt, zum Rechtsanwalt, zum Lehrer, zum Sozialarbeiter oder zum Ingenieur.

Hält sich der Bachelor aber für berufen zum Mathematiker, Natur- oder Geisteswissenschaftler, so wird er unmittelbar nach dem Bachelor-Abschluß ein fünf bis sechsjähriges Ph.D.-Studium aufnehmen. Ein solcher Ph.D.-Student in Amerika ist – gemessen an der geistigen Selbständigkeit und dem fachlichen Urteilsvermögen, die man von ihm erwartet – eher einem angehenden Dipl.-Mathematiker oder Dipl.-Physiker vergleichbar als einem deutschen Doktoranden in diesen Fächern.

Der amerikanische Bachelor-Abschluß ist also primär ein allgemeinbildender Abschluß, mit dem die Reife für ein anschließendes wissenschaftliches Studium erlangt wird, also durchaus in Entsprechung zum Baccalaureus an der mittelalterlichen Artistenfakultäten in Europa oder dem Abitur am deutschen Gymnasium des 19. Jahrhunderts.

Viele Bachelors gehen freilich gleich nach der Graduierung in die Wirtschaft.

Die Unternehmen organisieren regelmäßig „Job Fairs“ auf dem Campus, um Kontakte zu geeigneten Seniors (wenige Monate vor deren Bachelor-Abschluß) aufzunehmen. Wenn die Bachelor-Absolventen genügend gut allgemein gebildet, kommunikations- und teamfähig, mental beweglich und körperlich flexibel scheinen, so werden sie von den Unternehmen für viele Tätigkeiten, die kein besonderes berufliches Fachwissen erfordern, ohne weiteres gern eingestellt.

Erforderlichenfalls können sie sich fachliche Kenntnisse auch im Unternehmen aneignen, maßgeschneidert für den Job, durch learning by doing.

Der in Deutschland angestrebte Bachelorgrad soll aber für einen berufsbefähigenden Abschluß stehen, der nach einem drei bis vierjährigen Fachstudium erreicht werden kann. Diese Qualifikation entspricht weitestgehend dem Ausbildungsprofil an einer deutschen Fachschule in der Zeit vor 1970. Mit einem US-amerikanischen B.A. hat das wenig zu tun.

Anerkennung deutscher Abschlüsse

Die in den Medien sehr oft behauptete Nichtanerkennung der bisherigen deutschen Studienleistungen und -abschlüsse im Ausland widerspricht meinen persönlichen Erfahrungen in den 1990er Jahren.

In allen mir bekannten Fällen wurde das deutsche Diplom – und zwar in Gestalt eines Diplomingenieurs einer deutschen TU oder eines Diplomphysikers einer deutschen Universität – als formale Voraussetzung für die Aufnahme eines Promotionsstudiums problemlos anerkannt, sei es in den USA, sei es in Paris oder in Cambridge/U.K.

Ende der 1990er Jahre wurden bei mir mehrere Studenten diplomiert, die nach dem 6. Semester für ein reichliches Jahr in die USA (Virginia State University)

bzw. nach England (University of Sheffield) gegangen waren, dort den Master of Science (M.Sc.) erwarben und anschließend in Dresden weiter bis zum Diplom studiert haben.

Natürlich hat meine Dresdener Fakultät die im Ausland belegten und geprüften vergleichbaren Fächer anerkannt, aber auch umgekehrt: ein deutscher Student, der bei mir seine Studienarbeit schrieb und zuvor zwei Semester in den USA studierte, konnte dort sogar vereinbaren, daß er den dortigen M.Sc. in absentia verliehen bekommt, wenn er nachweisen kann, zusätzlich zu den in den USA abgelegten Prüfungen nach seiner Heimkehr noch zwei meiner Spezialvorlesungen erfolgreich besucht zu haben.

Eine Kollegin von der Fakultät für Maschinenwesen der TU München, die US-Amerikanerin Jean K. Gregory, hat gegen Ende der 1990er Jahre wiederholt auf die Fragwürdigkeiten einer „Amerikanisierung“ des deutschen Hochschulsystems hingewiesen. In ihrem Beitrag „Dichtung und Wahrheit über das amerikanische Hochschulwesen: was kann Deutschland von den USA lernen?“ (Festvortrag an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel am 4. Juni 1998) erläuterte sie, daß die Bestrebungen von Deutschen, ihr Hochschulsystem nach amerikanischem Muster umzukrempeln, bei den amerikanischen Kollegen Kopfschütteln auslösten, gelegentlich würden die deutschen Amerikanisierungsenthusiasten sogar noch drastischer gewertet: „They’re nuts“.

5.2. Perspektivenwechsel im Lehr- und Lernprozeß

Mit dem Bologna-Prozeß verbinden die deutschen Hochschulreformer das Ziel einer inhaltlichen Umgestaltung, deren Verwirklichung von den Hochschulen gefordert wird.

Es wird ein Perspektivenwechsel verlangt. Nicht mehr die Orientierung an Semesterwochenstunden und somit der Aufwand des Lehrenden steht im Vordergrund, sondern der Lernende mit seinem Arbeitsaufwand (Workload) und den Kompetenzen, die er im Laufe des Studiums erlangt (learning outcomes, LOs).

Learning outcomes are statements of what a learner is expected to know, understand and be able to demonstrate

at the end of the learning experience.⁴ Zu deutsch: LOs sind Aussagen darüber, was der Lernende am Ende einer Lernprozeßeinheit kennengelernt und verstanden haben sowie darstellen können sollte.

Die Rolle des Lehrenden wandelt sich: The role of the teacher moves towards being a facilitator/manager of the learning process.

Bei der Genehmigung der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge ist grundsätzlich nachzuweisen, daß jeder Studiengang modularisiert und mit einem Kreditpunktesystem versehen ist.

Die Modularisierung aller Studienangebote (ganz gleich wie der Abschluß lautet) soll zu einem System leichter verständlicher, vergleichbarer Abschlüsse führen und zugleich ein schnelleres Studium ermöglichen.

Der geforderte modulare Aufbau der neuen Studiengänge wird verbunden mit der regelmäßigen Kontrolle der erzielten Lernerfolge (studienbegleitendes Prüfungssystem).

Das European Credit Transfer System (ECTS) wurde bereits 1989 im Rahmen des ERASMUS-Programms in Europa eingeführt. Ursprünglich wurde es für die Anerkennung und Übertragung von Studienleistungen, die während eines Auslandsaufenthaltes erworben wurden, eingerichtet.

Seit einiger Zeit wird das ECTS-System zu einem Akkumulierungssystem weiterentwickelt, das auf institutioneller, regionaler, nationaler und europäischer Ebene realisiert werden soll.

Das Kreditpunktesystem macht das herkömmliche Studien- und Prüfungssystem deutscher Hochschulen obsolet.

Der Studierende, seine Lernerfolge und Leistungsfähigkeit sind das Maß für die neuen Studiengangskonzeptionen: der Umfang von Studium und Lehre berechnet sich nicht nach dem Aufwand der Lehrenden in Semesterwochenstunden, sondern nach dem Aufwand, den die Studierenden im Durchschnitt tatsächlich erbringen müssen, um ein Studium bzw. seine Teile erfolgreich zu absolvieren.

Nach meiner langjährigen Lehrerfahrung ist der geschätzte Arbeitsaufwand der Lernenden kein brauchbares Maß. Aufgrund der Begabungsstruktur können von Student zu

Student durchaus Schwankungen um einen Faktor 10 eintreten. Auch beim einzelnen Studenten können je nach Gesundheits- und Gemütsverfassung große Abweichungen auftreten.

ECTS-Punkte

Ein ECTS-Punkt entspricht einem durchschnittlichen studentischen Arbeitsaufwand (Workload) von 30 Stunden. Für einen Bachelor-Abschluß sind 180–240 ECTS-Punkte, für einen Master-Abschluß 60–120 ECTS-Punkte vorgesehen. In einem Jahr sollen 60 ECTS-Punkte erworben werden, das entspricht einer Arbeitsbelastung von 1800 Stunden. Der studentische Arbeitsaufwand beinhaltet neben dem Besuch der Lehrveranstaltungen auch die Zeiten für Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen, Prüfungen und die Zeit des Selbststudiums. Da bei einem Vollzeitstudium jährlich sechs Wochen Urlaub veranschlagt werden, in denen sich die Studierenden von den Mühen des Studiums erholen und nichts für ihr Studienfach tun sollen, bedeutet dies eine wöchentliche Arbeitsbelastung von 39 Stunden in den übrigen 46 Wochen.

An dieser Stelle ist ein Vergleich mit den deutschen Fachschulen in der Weimarer Zeit aufschlußreich. Den angehenden Fachschulingenieuren wurde ein beeindruckendes Arbeitspensum abverlangt: in der Regel 45 Pflicht-Unterrichtsstunden pro Woche bei 20 Wochen pro Semester und ständigen Leistungskontrollen. Das sind wiederum 1800 Stunden pro Jahr, die allein in der Präsenzlehre als Pflichtsemesterstunden in 40 Wochen zu absolvieren waren. Selbststudium, individuelle Rechen- und Zeichenübungen, Projektarbeiten, Prüfungs- und Praktikumsvorbereitungen etc. kamen hinzu, für die insbesondere die zwölf Wochen vorlesungsfreier Zeit genutzt wurden.

Die Bestimmung der für eine Veranstaltung zu vergebenden ECTS-Punkte wird in der Regel zunächst geschätzt, kann aber auch empirisch bestimmt werden und sollte durch empirische Untersuchungen laufend evaluiert werden. Hierzu gibt es an einigen Hochschulen Pilotprojekte.

ECTS-GRAD

Der ECTS-GRAD ist eine relative Note, die helfen soll, die Vergleichbar-

keit von Prüfungsleistungen im europäischen Kontext zu erhöhen. Notwendig ist dies, weil es eine große Zahl unterschiedlicher Notensysteme in den Ländern des Europäischen Hochschulraums gibt und zudem die Benotungskulturen von Land zu Land und zwischen verschiedenen Fächern stark divergieren. Der ECTS-GRAD gibt als relative Note die Position des/der Studierenden in einer Rangfolge an, die nach Prozenten in Klassen aufgeteilt sind. Die erfolgreichen Studierenden, d. h. diejenigen, die das Lernziel erreicht haben bzw. die Modulabschlussprüfung bestanden haben, erhalten folgende Noten:

- A die besten 10 %
- B die nächsten 25 %
- C die nächsten 30 %
- D die nächsten 25 %
- E die nächsten 10 %

Zusätzlich werden an die erfolglosen Studierenden die Noten FX und F vergeben. FX bedeutet: „Nicht bestanden – es sind Verbesserungen erforderlich, bevor die Leistungen anerkannt werden können“, F bedeutet: „Nicht bestanden – es sind erhebliche Verbesserungen erforderlich“. Die Angabe der Mißerfolgsquoten im Transkript ist nicht erforderlich. Das Verfahren der ECTS-Grade setzt stillschweigend voraus, daß die Leistungsfähigkeit in jeder Klasse gleich ausgeprägt sei. Die Erfahrung lehrt, daß die Leistungen in verschiedenen Klassen aber sehr unterschiedlich ausfallen können. So konnte ich mich in manchem Jahr gleich über mehrere „Einsler“-Studenten freuen, in anderen Jahren kam niemand über eine „Zwei“ hinaus.

Da alle Prüfungen studienbegleitend angelegt sind und gleichgewichtig zäh-

Workload und LOs

Nicht mehr die Orientierung an Semesterwochenstunden und somit der Aufwand des Lehrenden steht im Vordergrund, sondern der Lernende mit seinem Arbeitsaufwand (Workload) und den Kompetenzen, die er im Laufe des Studiums erlangt (learning outcomes, LOs).

len, können gute Leistungen in der Anfangsphase mit schlechten Leistungen am Ende ausgeglichen werden, beispielsweise im Lateinunterricht die Deklination des Verbs „amare“ (lieben) mit den Regeln zur oratio obliqua (zur indirekten Rede). Prüfungen, die nicht zum gewünschten Ergebnis geführt haben, darf der Prüfling jetzt wiederholen.

Wegfall von Abschlußprüfungen

Weiterhin ist der Wegfall von Abschlußprüfungen kritisch zu hinterfragen. Es war bisher ein Qualitätsgarant der Ausbildung zum Rechtsanwalt, zum Arzt, aber auch zum Lehrer oder Ingenieur, daß jeder am Ende seines Studiums seinen Kenntnisstand und sein Urteilsvermögen in einem umfassenden Staats- oder Diplomexamen unter Beweis stellen mußte. Aufgrund der Informationsflut, die auf den heute Studierenden einströmt, wird doch ein häppchenweise angeeignetes Wissen gleich nach der Klausur, in der es abgefragt wird, auf Dauer der Vergessenheit anheimfallen. Senecas kritisches Diktum „Non vitae, sed scholae discimus!“⁴⁵ (Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir!) erhält eine ungewohnt eigen-tümliche Aktualität.

Erwartungen der HRK

Die HRK hat die Entwicklung eines europaweiten Kreditpunktesystems von Beginn an mit Nachdruck unterstützt und verband damit die Erwartungen auf

1. kürzere reale Studienzeiten
2. überschaubarere Studien- und Prüfungsanforderungen, die über die an Lehrveranstaltungen gebundene Kreditpunkte bestimmt werden
3. kontinuierliche Leistungskontrollen als Orientierungshilfe für die Studierenden
4. die Entlastung der Studierenden von umfangreichen punktuellen Prüfungen
5. Transparenz hinsichtlich der Arbeitsbelastung der Studierenden
6. eine erhöhte Planungssicherheit für Studierende durch exakte Angabe der zu absolvierenden Module und

der zu erbringenden Leistungsnachweise und evtl. Teilprüfungen

7. größere Flexibilität des Studiums sowohl bei der Kombination von Modulen als auch für Teilzeitstudien
8. gesteigerte nationale und internationale Mobilität der Studierenden
9. die Erleichterung wechselseitiger Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie
10. schnellere Reaktionsmöglichkeiten für die Hochschulen auf Änderungen der Berufsfelder sowie Entwicklungen in Wirtschaft und Technik.

Nachdem nun rund 70 % aller Studiengänge der 259-HRK-Mitgliedshochschulen auf Bachelor und Master umgestellt sind, sieht die aktuelle Bilanz⁶ sehr ermutigend aus.

5.4. Qualitätssicherung

5.4.1. Akkreditierungsverfahren

Die Akkreditierung hat zum Ziel, Hochschulen, Studierenden und Arbeitgebern verlässliche Orientierung hinsichtlich der Qualität von Studienprogrammen – insbesondere Bachelor- und Masterstudiengängen – zu geben. Damit soll zugleich die nationale und internationale Anerkennung der Studienabschlüsse gewährleistet werden.

Akkreditierungsrat

Der Akkreditierungsrat wurde durch Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 3. Dezember 1998 unter Bezugnahme auf den Beschluß der HRK vom 6. Juli 1998 eingerichtet. Als unabhängige Einrichtung setzt sich der Akkreditierungsrat aus 17 Mitgliedern zusammen. Es sind Vertreter der Länder, der Hochschulen, der Studierenden und der Berufspraxis. Die Aufgabe des Akkreditierungsrates besteht darin, Agenturen in regelmäßigen Abständen zu begutachten bzw. zu akkreditieren, die ihrerseits wiederum die Studiengänge akkreditieren.

Akkreditierung: Agenturen, Kosten und Verfahren

Traditionell, vor der Etablierung des Akkreditierungssystems, wurden in den Rahmenprüfungsordnungen, die von

den Landesministerien zu genehmigen waren, allgemeine Rahmenregelungen für Studiengänge bestimmter Fachrichtungen getroffen, um Studium und Prüfungen zu koordinieren. Die einzelnen Studiengänge wurden nicht begutachtet.

Die Akkreditierung bezieht sich auf Studiengänge, die zu den Abschlüssen Bachelor und Master führen und seit Inkrafttreten des Organisationsstatuts vom 24. Mai 2002 auch auf die neu einrichtenden Diplom- und Magisterstudiengänge in Fachrichtungen, in denen keine Rahmenprüfungsordnung vorliegt oder die geltende Rahmenprüfungsordnung überholt ist.

Eine Fakultät kann alle ihre Studiengänge akkreditieren lassen. Eine institutionelle Akkreditierung im Sinne der Akkreditierung einer Fakultät, eines Fachbereichs oder auch einer ganzen Hochschule ist derzeit im deutschen Akkreditierungssystem nicht möglich.

Es gibt fachspezifische und fächerübergreifende Akkreditierungsagenturen. Alle Agenturen sind aber an dieselben Kriterien und Standards des Akkreditierungsrats gebunden.⁷

Ein Akkreditierungsverfahren kostet ca. 15.000 Euro, die genauen Kosten sollten in einer individuellen Beratung mit der Akkreditierungsagentur, welche dem Profil des Studienganges am besten entspricht, geklärt werden.

Ein Akkreditierungsverfahren soll wie folgt ablaufen: Nach der Antragstellung wird der Antrag von der Agentur geprüft, und es werden in der Regel Verhandlungen mit der Hochschule geführt, an deren Ende bei einer Einigung ein Vertrag geschlossen wird. Der Hochschule werden üblicherweise Verfahrensunterlagen übermittelt, mit deren Hilfe sie die Selbstdokumentation zu dem Studiengang erstellen kann. Sie wird über die von der Agentur benannten Gutachter informiert; diese prüfen die Selbstdokumentation, bevor sie in Absprache mit der Hochschule eine zweitägige Begehung durchführen (Peer Review). Die Gutachtergruppe verfaßt einen Bewertungsbericht und einen Beschlußvorschlag. Die Hochschule kann eine Stellungnahme zu dem Bewertungsbericht abgeben.

Die Akkreditierungskommission der Agentur trifft dann eine Entscheidung über eine Akkreditierung, eine bedingte Akkreditierung oder eine Ablehnung. Im Falle einer Akkreditierung oder

bedingten Akkreditierung vergibt sie das Siegel des Akkreditierungsrates. Die Zeit von der Antragstellung bis zur Akkreditierungsentscheidung beträgt zwischen vier und sechs Monaten. Die Akkreditierungsagenturen haben bei der Akkreditierung die Aufgabe, die Zielsetzung des Studiengangskonzepts und die Plausibilität der Umsetzung zu beurteilen, sowie die Gewährleistung fachlich-inhaltlicher Mindeststandards zu sichern. Die Kriterien beziehen sich im Kern auf die Qualität des Curriculums, die Berufqualifizierung, das personelle Potential und die materielle Ausstattung. Ein Beispiel für die zu überprüfenden Kriterien ist die transparente Beschreibung der Lernziele und Module.

Die Gutachter werden von den Fachausschüssen und Akkreditierungskommissionen der Agenturen ausgewählt. Manche Agenturen berücksichtigen Vorschläge der Hochschulen.

Die beschriebene Art der Akkreditierung folgt einem US-amerikanischen Muster. Dort geht es um die Festlegung von Mindeststandards an einen Studiengang.

Aus Sicht einer klassischen deutschen Universität ist es ein Unding, daß z. B. Leute aus der Wirtschaft bewerten sollen, wie Forschung und Lehre an den Lehrstühlen und Fakultäten zu betreiben seien. Die Studiengänge ordentlich zu gestalten, das war und ist Sache der Fakultät. Die Art und Weise, wie man an deutschen Universitäten die Einheit von Forschung und Lehre mit Leben erfüllt hat, wird unter dem Akkreditierungsvorbehalt unmöglich gemacht.

Wenn die Fachkompetenz einzelner Professoren von Außenstehenden zu Recht in Frage gestellt wird, so kann es sich nur um Fehlberufungen handeln, von denen man sich auf effektivere Weise als durch kostspielige Akkreditierungen lösen kann.

Eine Rechtsgrundlage für ein solches privates Akkreditierungswesen, das jeden Studiengang auf Kosten der Hochschulen nach offensichtlich wissenschaftsfremden Kriterien bewertet, scheint es nicht zu geben. Die Abgabe der Fachaufsicht über die Hochschulen an private Agenturen wirkt befremdlich. Dahinter soll die Bertelsmann-Stiftung stehen.⁸ Der Verfassungsrechtler Wolf-

gang Lege sieht im Zwang zur Akkreditierung einen Verstoß gegen die Freiheit von Forschung und Lehre⁹ im Sinne des Grundgesetzes.

5.4.2. Hochschulranking

Hochschulrankings erheben den Anspruch, die Qualität von Forschung und Lehre an Hochschulen anhand verschiedener Kriterien quantitativ bewerten zu können. Ursprünglich in den USA populär geworden, wurden seit den 1990er Jahren Hochschulrankings auch in Deutschland veröffentlicht, unter anderem von Spiegel, Focus, Handelsblatt, Karriere, Wirtschaftswoche, Capital und dem FAZ-Hochschulanzeiger. Gegenwärtig dominieren die CHE-Rankings, deren Ergebnisse DIE ZEIT publiziert.

Hochschulrankings zielen darauf ab, qualitative Unterschiede zwischen einzelnen Fächern oder Fächergruppen verschiedener Hochschulen meßbar zu machen. Einige Rankings stellen Ranglisten mit einzelnen Rangplätzen auf, andere teilen die Hochschulen in verschiedene Ranggruppen ein. Diese Angaben sollen unter anderem als Entscheidungshilfen für verschiedene Interessengruppen (z. B. Studienanfänger, Unternehmen, politische Akteure) dienen.

Es ist grundsätzlich fragwürdig, ob und wie man geistige Leistungen quantifizieren kann. Ehrlich gemeinte Rankings sollten auf Anfrage den kompletten Datensatz sowie detaillierte Publikationen zur Methodik offenlegen, so daß jedermann die Ergebnisse nachvollziehen kann. Die CHE-Rankings erfüllen dieses Qualitätskriterium nicht. Insbesondere wird die Vergleichbarkeit der gleichen Kennzahl an verschiedenen Hochschulen stark bezweifelt.

Das CHE läßt die Umfrageunterlagen aus Datenschutzgründen durch die Hochschulen oder Universitäten verteilen. Dies ermöglicht beliebige Manipulationen durch die Hochschulen oder Universitäten.

Das CHE-Ranking setzt Rankingparameter und Stichproben willkürlich fest. Dabei ist zu kritisieren, daß die Stichproben häufig zu klein sind, um sinnvolle Ergebnisse zu liefern.

Dennoch nehmen viele Hochschulleitungen in Deutschland die CHE-

Ranking-Ergebnisse sehr wichtig und akzeptieren sie als objektiven Leistungsspiegel ihrer Fachbereiche.

2007 beschloß die Schweiz, aus dem CHE-Ranking auszutreten, weil erhebliche Daten- und Methodenmängel vorliegen. Ebenfalls wegen methodischer Schwächen beendete auch Österreich im August 2007 die Teilnahme am Ranking des CHE.

Soweit der Redeausschnitt des Hauptteils.

Fazit

Informationen über den „Bologna-Prozeß und die deutsche Wirtschaft“ sowie ein Resümee unter der Überschrift „Epilog“ schlossen den Vortrag ab.¹⁰

Wörtlich meinte der Referent am Ende seines Vortrags mit engem Bezug zur Formulierung seines Themas:

„In Bälde werden wir das folgende Fazit ziehen können:

Die deutsche Universität, wie sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand, gibt es nicht mehr. Die neue Hochschule ist unternehmerisch orientiert und von allen Fesseln, die sie an die Tradition binden, befreit.

Das Centrum für Hochschulentwicklung hat seinen Sitz in Gütersloh und nutzt die Hochschulrektorenkonferenz zur Durchsetzung seiner Konzepte.

Alle Bildungseinrichtungen des tertiären Sektors werden unter der deutschen Sammelbezeichnung Hochschulen zusammengefaßt – international firmieren sie als University, University of Applied Sciences oder University of Cooperative Education. Alle diese Hochschulen oder universities produzieren vermöge drei oder vier mal 1800 Stunden Arbeitsbelastung aus den Studierenden Absolventen, die den neudeutschen Grad „bachelor“ tragen. Dieses Etikett (etymologisch unklarer Herkunft) bescheinigt die unmittelbare Beschäftigungsfähigkeit des Trägers oder der Trägerin des Etiketts.

Die vor 13 Jahren formulierten Forderungen des Europäischen Runden Tisches der Großindustriellen wurden und werden im Zuge dieser Bachelorisierung der deutschen Hochschulen erfüllt.

Die bachelorisierten deutschen Hochschulen sind in ihrer Konzeption den „Höheren deutschen Fachschulen“, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine starke Säule des gegliederten deutschen Bildungssystems bildeten, vergleichbar – wenn auch das Arbeitspensum, das man seinerzeit erfolgreich Studierenden zumutete, viel größer war.

Die bachelorisierte deutsche Hochschule versteht sich nicht als eine Ausbildungsstätte für die ca. 5 % eines Jahrgangs, die ausreichend Begabung und Arbeitsbereitschaft besitzen, um in der modernen arbeitsteiligen Gesellschaft den Part der Gelehrten und Berufswissenschaftler wirksam übernehmen zu können.

Wie zur Zeit der Napoleonischen Fremdherrschaft sollten wir Deutschen nun über eine zeitgemäße Bildungseinrichtung nachdenken, welche die gleichen Aufgaben erfüllt, die die damals konzipierte deutsche Universität etwa 150 Jahre lang, von 1820 bis 1970, so erfolgreich gemeistert hat.“ ■

¹ Bachelor ist ein englisches Wort und steht in der Alltagssprache für Jungeselle. Schlagen wir nach in A S Hornby „Oxford Advanced Learner's Dictionary of current English“ 6th ed., Oxford University Press 2000, so erfahren wir, daß ein „eligible bachelor“ ein „begehrter Jungeselle“ sei, ein „confirmed bachelor“ hingegen ein „eingefleischter Jungeselle“, und wir lesen den Zusatz: „often used in newspapers to refer to a homosexual man.“

Im engeren Kontext der akademischen Berufe hat das englische Wort die Nebenbedeutung eines ersten akademischen Abschlußgrades, insbes. des Bachelor of Arts, B.A., der von dem mittelalterlichen Titel eines Baccalaureus herührt.

Die Etymologie des mittelalterlichen Wortes „Baccalaureus“ ist unklar. Im großen Lateinisch-Deutschen Handwörterbuch von K.E. Georges (Hahn'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1861) suchen wir vergebens nach diesem Eintrag, während in Meyers Konversations-Lexikon (2. Auflage, Leipzig und Wien, 1890) erklärt wird: „Der Name kommt schwerlich von bacca laurea, Lorbeere, ..., sondern vom französischen bas chevalier, Unterritter, Knappe, her und ist erst nachher auf das Universitätswesen übertragen“ worden.

Der „baccalaureus“ als niedrigster Universitätsgrad wurde im Jahre 1231 durch Papst Gregor IX. für die Universität Paris angeordnet.

² Vgl. hierzu die folgende Passage aus dem Abschnitt „Weltgeschichtliche Veränderungen ab 1990 – nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums“:

Mit dem Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (in Kraft

seit 1. November 1993) wurde eine „neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ erreicht. In den Artikeln 149 und 150 wird die Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie der Vielfalt ihrer Kulturen betont, und zwar „unter Ausschluß jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten“.

An diesen völkerrechtlich bindenden Aussagen der EU-Kommission hat sich bis heute nichts geändert.

Doch gibt es seit Beginn der 1990er Jahre energische Bestrebungen der Großindustrie, die auf eine Harmonisierung der europäischen Bildungswege und Bildungsabschlüsse zielen.

Der Europäische Runde Tisch der Großindustriellen (European Round Table of Industrialists, ERT) publizierte im Februar 1995 einen 33-seitigen Bericht „Education for Europeans – Towards the Learning Society“ in englischer, französischer, deutscher und holländischer Sprache. (Mir liegt die englische Fassung vor). Bekannte Top-Manager deutscher Konzerne Bertelsmann vertreten durch Mark Wössner, Siemens vertreten durch Heinrich von Pierer, Friedrich Krupp vertreten durch Gerhard Cromme, Robert Bosch vertreten durch Marcus Bierich, Daimler-Benz vertreten durch Edzard Reuter, Bayer vertreten durch Manfred Schneider, Nestlé vertreten durch Helmut Maucher u. a. stehen hinter diesem Bericht.

Die Großindustriellen gehen davon aus, daß die Länder Europas raschen und radikalen Transformationsprozessen – in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht – unterworfen seien, deren Änderungsschrittmaß sich enorm beschleunige. Dies werde erzwungen durch die wirtschaftlichen Zwänge infolge des globalen Handels, der globalen Politik und der unmittelbaren weltweiten Anwendung von völlig neuen Technologien. Die europäische Wirtschaft habe auf diese Herausforderung rasch und erfolgreich reagiert, das Bildungswesen aber reagiere zu langsam: „die Lücke zwischen der Ausbildung, die die Menschen brauchen, und der, die sie erhalten, ist groß und es besteht die Gefahr, daß sie immer größer wird. Deshalb schlagen die Top-Manager Alarm. (S.11 des Berichts: „That is why we are raising a cry of alarm.“)

Die Großindustriellen fordern eine massive Umstrukturierung des gesamten Bildungswesens von der Kinderkrippe über Kindergärten, Schulen und Universitäten bis zu Fortbildungseinrichtungen für Erwerbstätige: auf die Vorschulerausbildung soll eine 9–10jährige Einheitschule folgen, anschließend 2–3 Jahre zur Vermittlung einer vertieften Allgemeinbildung oder einer beruflichen Ausbildung. Damit soll ein bestimmter Prozentsatz der jungen Leute bereits „fit für den ersten Job“ sein, während die anderen zuvor noch eine Hochschulausbildung durchlaufen sollen.

Die wesentlichen Zielstellungen der Großindustriellen lauten: vollständige Abstimmung auf die Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft (S. 11 des Berichts) einheitliche Bildungsstandards in ganz Europa (S. 12), in allen europäischen Ländern kompatible Abschlüsse, die in den neuen, sich ändernden Arbeitsumgebungen von Wert sind (S. 12, 13)

Schlüsselqualifikationen (interpersonal skills, S. 13) Modularisierung der Studiengänge (S. 24)

bessere Kooperation zwischen Universitäten und Industrie.

In Deutschland setzte sich vor allem der Bertelsmann-Konzern in hervorragender Weise für eine tiefgreifende und nachhaltige Umgestaltung des deutschen Bildungssystems ein. Im September 1993 beauftragte Reinhard Mohn, der das Unternehmen zum weltgrößten Medienkonzern mit heute fast 100 Tausend Mitarbeitern geführt hat, den BWL-Professor Detlef Müller-Böling in Gütersloh mit dem Aufbau und der Leitung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE).

Das CHE wurde am 1. Mai 1994 in Gütersloh von der Bertelsmann-Stiftung im Benehmen mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) als gemeinnützige GmbH gegründet. Das CHE versteht sich als „Reformwerkstatt“ für das deutsche Hochschulwesen. Mittels Projekten für Ministerien, Beratungen von Hochschulleitungen, vergleichenden Studien und Hochschulrankings nimmt das CHE starken Einfluß auf das deutsche Hochschulwesen. Als Leitbild propagiert das CHE eine „entfesselte Hochschule“, die autonom, wissenschaftlich, profiliert, wettbewerbsfähig, wirtschaftlich, international und den neuen Medien gegenüber aufgeschlossen sein soll.

Im Jahre 2006 hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen ein „Hochschulfreiheitsgesetz“ in Kraft gesetzt, das den gesetzlichen Rahmen für eine unternehmerische und entfesselte Hochschule im Sinne des CHE-Leitbildes schafft.

³ Wir empfehlen, auch diese einführenden informativen Kapitel des Vortrags einzusehen – entweder im Internet oder als Ausdruck durch Anforderung bei der Geschäftsstelle.

⁴ St. Adam: Using Learning Outcomes. United Kingdom Bologna Seminar, 1–2 July 2002

⁵ Seneca: Epistulae morales 106, 12

⁶ Dokumente der HRK-Jahresversammlung im Mai 2008 in Jena

⁷ Fächerübergreifende Agenturen sind AQAS (Agentur für Qualitätssicherung durch Akkreditierung von Studiengängen), ACQUIN (Akkreditierungs-, Zertifizierungs- und Qualitätssicherungs-Institut e.V.) und ZEvA (Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover).

Fachspezifische Agenturen sind ASIIN (Akkreditierungsagentur für Studiengänge der Ingenieurwissenschaften, der Informatik, der Naturwissenschaften und der Mathematik), AHPGS (Akkreditierungsagentur für Studiengänge im Bereich Heilpädagogik, Pflege, Gesundheit und Soziale Arbeit e.V.) und FIBAA (Foundation for International Business Administration Accreditation).

⁸ D. Lemke: Lernen im Gleichschritt – die schöne neue Hochschulwelt. Nachdenkseiten (7.8.2007)

⁹ J. Lege: Die Akkreditierung von Studiengängen. Juristen Zeitung 2006

¹⁰ Auch für diese Teile der Rede empfehlen wir die Einsicht im Internet oder die Anforderung bei der Geschäftsstelle in Berlin.

Mehr über uns, mehr von uns: <http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

Baden-Württemberg

Bachelor- und Masterabschlüsse können das Staatsexamen nicht ersetzen

Der Philologenverband Baden-Württemberg fordert:
Die Zukunft des Landes durch bestmögliche Lehrerbildung sichern!



PHV-Landesvorsitzender Karl-Heinz Wurster:
Der Bologna-Prozess erfordert keine neuen Abschlüsse in der Lehrerbildung

„Wir brauchen keine neuen Lehrerinnen und Lehrer, sondern eine bestmögliche Lehrerbildung mit einem 1. und 2. Staatsexamen, womit ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz, Professionalität und Eignung für den Lehrerberuf bescheinigt wird; insbesondere die Fachkompetenz muß durch ein Studium mit dem Abschluß eines Staatsexamens an einer Universität erworben werden“, so der Landesvorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg, Karl-Heinz Wurster. Schulpolitische Experimente, die das Abitur an den Gymnasien entwerfen, werden vom Philologenverband abgelehnt. Ein „Einheitslehrer in einem Einheitsschulsystem“, aber auch eine von Politikern gewollte Angleichung eines qualitativ hochwertigen akademischen Abschlusses an weniger erfolgreiche und qualitativ schlechtere Bildungssysteme anderer Länder hätte für eine „führende Wirtschaftsnation mit der Zielsetzung höchster Qualität und Leistungsfähigkeit verheerende Folgen“, warnt Wurster und fragt: „Oder sollen wir uns zum Beispiel bezüglich der Exportstatistik etwa auch anderen Ländern anpassen?“

Auch deshalb ist der Philologenverband für die Beibehaltung des Staatsexamens: Bei einer Umstellung der Lehrerbildung auf ausschließlich von der Universität vergebene Bachelor- und Masterabschlüsse würde der Staat seinen regulierenden und Vergleichbarkeit sichernden Einfluß verlieren: Die Ausbildungs- und vor allem die Prüfungsverantwortung ginge auf die Hochschulen über, das 1. Staatsexamen für ein Lehramt würde durch ein Universitätsexamen ersetzt. Nach Auffassung des Philologenverbandes besteht dann auch die Gefahr, daß der Vorbereitungsdienst wegfällt.

Beibehaltung des Staatsexamens

Der Philologenverband Baden-Württemberg setzt sich für die Beibehaltung des Staatsexamens ein und ist gegen eine Umstellung auf das Bachelor-Master-System. Diesbezüglich stellt der Philologenverband folgende Punkte besonders heraus:

- Das deutsche System der Lehrerbildung war und ist im internationalen Vergleich leistungsfähig und erfolgreich, trotz Unterfinanzierung und partieller Reformbedürftigkeit.
- Der akademische Bachelor v. a. im angloamerikanischen Bereich stellt eine dem deutschen Abitur können nahe Qualifikation dar, weil die entsprechenden High School- und College-Stufen der gymnasialen Oberstufe in allen Belangen unterlegen sind.
- Die Gymnasiallehrerschaft hat entscheidenden Anteil an der Herausbildung der Leistungselite unseres Landes und seiner wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Führungsstellung.
- Die Umstellung des Bildungssystems im Sinne einer „Angleichung“ an einen schlechteren gemeinsamen europäischen Standard stellt keinen akzeptablen Paradigmenwechsel dar. Es gilt das Ziel zu verfolgen, die Zukunft des Landes durch die bestmögliche Bildung zu sichern.

- Der europäische Anpassungsprozeß (Bologna) verlangt kein Bachelor-Master-System für die Lehrerbildung. Er wird aber bei uns dazu mißbraucht, um Kosten zu sparen und die Ausbildung zu beschleunigen um den Preis erkennbarer Qualitätsminderung.
- Der gestufte und modularisierte Studiengang des Bachelor-Master-Studiums ist für die Lehrerbildung unangemessen und schädlich. Ebenso schädlich ist der Rückzug des Staates aus dem wissenschaftlichen Teil der Lehrerbildung. Das öffentliche Bildungswesen muß die fachliche und fachwissenschaftliche Qualität seiner Lehrer verantworten und kontrollieren.
- Die Bachelor-Master-Studiengänge stellen eine bürokratische Verschwendung wichtiger Personalressourcen dar und untergraben sowohl die Finanzierung wie die Qualität der Bildung.
- Gemessen an der erforderlichen Fach- und fachwissenschaftlichen Kompetenz der Gymnasiallehrer stellt ein sechssemestriger Abschluß nichts anderes dar als einen „Bachelor für den Müllheimer“.
- Ein Bachelor-Abschluß als Basisqualifizierung für alle Lehrerberufe erkennt völlig den strukturellen Aufbau der Lehrerbildung, er fördert Vermittlungskompetenz, bevor es etwas zu vermitteln gibt, er praktiziert ohne Inhalte, er läßt das Gelernte vergessen, weil es nicht angewendet werden kann. Er stellt die Lehrerbildung auf den Kopf statt auf die Beine.
- Wir brauchen eine Renaissance der Fachkompetenz in der Lehrerbildung.
- Die amerikanischen Universitäten wenden sich vom Bachelor ab, weil er zu oberflächlich ist.

Berlin

Neue Hochschulallianz fordert mehr Geld

Es bedürfe einer „leidenschaftlichen Prioritätendebatte über die Staatsausgaben“

„Schluß mit der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen“ fordert das Manifest einer ungewöhnlichen neuen „Hochschulallianz“, die sich auf einer Pressekonferenz am 24. April 2008 in Berlin der Öffentlichkeit vorstellte. Ungewöhnlich ist sie deshalb, weil Professoren (Hochschulverband, Hochschullehrerbund, Förderverein Juniorprofessor), Wissenschaftliche Mitarbeiter (Bundesvertretung Akademischer Mittelbau, Thesis – Netzwerk für Promovierende und Promovierte), Studenten (Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Liberale Hochschulgruppen), der Verband Hochschule und Wissenschaft im Deutschen Beamtenbund und das Deutsche Studentenwerk erstmals eine gemeinsame Initiative ergreifen. Nicht beteiligt sind die Hochschulrektorenkonferenz und die linken Studentenverbände.

Die Hochschulallianz legte in sechs Punkten Zahlen vor, die zeigen, daß die deutschen Hochschulen seit Jahrzehnten unterfinanziert sind. Zwischen 2007 und 2020 fehlen jährlich im Durchschnitt 2,3 Mrd. Euro. Von 1995 bis 2005 wurden an den Universitäten 1500 Professorenstellen gestrichen, während die Zahl der Studenten (ca. 1,4 Millionen) sogar leicht anstieg. An deutschen Universitäten betreut ein Professor etwa 60 Studenten – in Geistes- und Sozialwissenschaften bis 170! –, an Spitzenuniversitäten der USA 7 bis 15. Dabei ist geplant, die Zahl der Studenten in den kommenden Jahren noch zu steigern. Und die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge belastet das Personal der Hochschulen in Deutschland zusätzlich, und zwar in erheblichem Umfang. Die bisherigen Finanzinitiativen des Staates ändern die Lage

nicht grundsätzlich: der Hochschulpakt ist nicht ausreichend finanziert, die Exzellenzinitiative fördert nur die Forschung, nicht die Lehre.

Deshalb fordert die Hochschulallianz, „endlich in eine längst überfällige, ernste und leidenschaftliche Prioritätendebatte über die Staatsausgaben einzutreten“, die Wichtigkeit der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft gegen die für andere Bereiche abzuwägen (als Beispiele werden Sozial- und Wehretat, Bergbauförderung, Kosten der Bürokratie genannt) und die Haushalte von Bund und Ländern entsprechend umzuschichten.

Das Thema „Mehreinnahmen der Hochschulen durch Studiengebühren“ wurde ausgeklammert.

Hans Joachim Geisler

Fehlform Einheitsschule

Zur „Element“-Studie von Professor Dr. Dr. Rainer Lehmann

Der Bund Freiheit der Wissenschaft versendet seit Juni 2007 in unregelmäßigen Abständen per E-Mail Rundschreiben an ca. 1100 Berliner Schulen, die fachlich von unserem Regionalbeauftragten für Berlin und Brandenburg, Oberschulrat Gerhard Schmid, betreut werden. Bisher sind acht Rundschreiben verschickt worden. Im letzten Schreiben vom 13. April 2008 heißt es:

Vor einigen Tagen ist die wichtige „Element“-Studie von Professor Rainer Lehmann, Erziehungswissenschaftler an der Humboldt-Universität Berlin, bekannt geworden. Lehmann hatte im Auftrag des früheren Schulsektors Böger zwischen 2003 und 2005 die Leistungen von knapp 5000 Berliner Schülern in Grundschulen und Gymnasien verglichen. Er kam zu dem Ergebnis, daß leistungsstarke Schüler

unter den jetzigen Bedingungen weniger lernen, wenn sie nach der vierten Klasse in der Grundschule bleiben. Gerhard Schmid, hat dazu am 9. April die folgende Pressemitteilung abgegeben:

„Forscher gegen sechs Jahre Grundschule“ – unter solchen oder ähnlichen Überschriften berichtete am 9. April 2008 die Berliner Presse über eine Studie des Berliner Erziehungswissenschaftlers Prof. Dr. Rainer Lehmann von der Humboldt-Universität zu Berlin. Oberschulrat Gerhard Schmid erklärt zu diesem Forschungsergebnis: Der Befund ist ein wissenschaftlicher Schlag ins Gesicht der Befürworter der sechsjährigen Grundschule in Berlin, von SPD, Grünen und Teilen der CDU. Er zerstört alle ideologischen Träume von besseren Lernergebnissen für Schüler mit einer längeren gemeinsa-

men Schulzeit als der vierjährigen Grundschule. Die sechsjährige Grundschule zeigt sich auch nach den wissenschaftlichen Ergebnissen als leistungsfeindlich und damit als unpädagogisch und schädlich gegenüber der Gesellschaft. Es offenbart sich damit die rein ideologische Argumentation der Befürworter einer über vier Jahre hinaus längeren gemeinsamen Schulzeit in einer ‚Schule für alle‘. Sie hat nichts, aber auch gar nichts, mit der pädagogischen Realität zu tun. Das ist auch ein Schlag ins Gesicht der Befürworter einer zehnjährigen Gemeinschafts- oder Einheitsschule.“

Die gründliche wissenschaftliche Untersuchung bestätigt, was Gerhard Schmid bereits vor mehr als einem Jahr zu den Berliner Plänen der Einführung einer Einheitsschule gesagt hat („freiheit der wissenschaft“ Nr. 4,

Dezember 2006, nachlesbar auch auf unserer Website <http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>). Das Rundschreiben gibt außerdem den Bericht des Tagesspiegels vom 9. April 2008 über die „Element“-Studie wieder, der unter den Überschriften „Forscher gegen sechs Jahre Grundschule“, „Schlechtes Zeugnis für Grundschulen“ und „Neuer Streit um die Grundschule – Zu gut sein lohnt nicht“ weitere Einzelheiten enthält.

Hans Joachim Geisler



Gerhard Schmid:
Elementstudie bestätigt Kritik an der sechsjährigen Grundschule

Die **Elementstudie** hat ihren Namen von

ELEMENT

Erhebung zum **Lese- und Mathematikverständnis**

Entwicklungen in den Jahrgangsstufen 4 bis 6 in Berlin.

Sie ist der Name für den Abschlußbericht über die Untersuchungen 2003, 2004 und 2005 an Berliner Grundschulen und grundständigen Gymnasien.

Presseerklärung des Aktionsbündnisses Schule zur Element-Studie

Düsseldorf, 17. April 2008

Längere gemeinsame Schulzeiten bremsen Lernentwicklung!

Einen ernüchternden Befund liefert die Studie des Berliner Bildungsforschers Professor Dr. Rainer Lehmann über die Folgen der sechsjährigen Grundschule. Verglichen wurden Schülerinnen und Schüler mit Vergleich bei Elternhaus, Bildungs- und Migrationshintergrund. Insgesamt wurden 4700 Grundschüler und Gymnasiasten aus vier- und aus sechsjährigen Grundschulen in den Vergleich einbezogen.

Prof. Lehmann räumt mit drei irrigen Annahmen auf und stellt fest:

1. werden leistungsstarke Schüler in gemeinsamen Klassen in ihrer Lernentwicklung – anders als behauptet – eindeutig gebremst,
2. werden die sozialen Disparitäten – anders als behauptet – nicht abgebaut, sondern eher verstärkt und
3. wird auch der soziale Zusammenhalt in der Schülerschaft und der in der Stadt – anders als behauptet – keineswegs gestärkt, sondern geschwächt.

Bemerkenswert ist vor allem auch, daß der Lernfortschritt an Gymnasien nicht nur im oberen Drittel höher liegt, sondern in allen Leistungsgruppen. Vom anspruchsvolleren Lernklima profitieren daher auch die Lernschwächeren. Lehmann beobachtet, daß sich die soziale Schere in der Grundschule in den Klassenstufen 5 und 6 weiter öffnet und damit soziale Disparitäten keineswegs abgebaut werden. Wer daher 6 Jahre Grundschule befürwortet, nehme in Kauf, daß die guten Schüler nicht so viel erreichen, wie es ihren Möglichkeiten entspricht. Vehement widerspricht Lehmann der These, daß „Deutschland Weltmeister sozialer Ungleichheit im Bildungssystem“ sei. Bereits die PISA-Studie 2003 habe das Gegenteil bewiesen.

„Für die Einheitsschul-Befürworter sind die Studien von Prof. Lehmann, Prof. Baumert und Prof. Fendt vernichtende Urteile. Wenn sich die Politik ... gegen diese Befunde stellt, ist zu erwarten, daß Eltern verstärkt die Privat- und Ersatzschulen nutzen werden. Das ist nachvollziehbar, denn keiner will den eigenen Kindern schaden“, so der Sprecher des Aktionsbündnisses Schule, Peter Silbernagel.

Das Aktionsbündnis Schule, in dem 17 schulische, hochschulpolitische und wirtschaftliche Organisationen und Institutionen kooperieren, erwartet, daß diese eindeutigen Befunde Anlaß geben, von Einheitsschulmodellen auf Kosten des gegliederten Schulwesens Abstand zu nehmen. Statt Strukturdebatten müssen konsequent eine frühe Sprachförderung stattfinden, klare Leistungsstandards vorgegeben werden und eine fundierte Lehrerbildung erfolgen.

Anmerkung:

Es scheint, daß auch dieses wissenschaftliche Ergebnis aus Voreingenommenheit wirkungslos gemacht werden soll. Nach Meinung der Berliner Bildungsverwaltung bringt die Studie

keine bedeutenden neuen Erkenntnisse. Dem Vernehmen nach hat es bei einer Diskussion der Vorstellungen Lehmanns bei einer Veranstaltung in Berlin wüste verbale Attacken auf den Wissen-

schaftler gegeben: Zwei Möglichkeiten, einer mißliebigen Wahrheit zu begegnen – und zu entkommen: Herunterspielen und Angst machen.

Winfried Holzapfel

Hamburg

Ergebnis einer Mesalliance – Die CDU verspielt ihren Ruf

Schwarz-Grün will in Hamburg die sechsjährige Primarschule einführen



Reiner Schmitz

Hamburg hat seit dem 7. Mai 2008 einen schwarz-grünen Senat. Es ist die erste Koalition dieser Art auf Länderebene, und sie ist deshalb mit viel Vorschußlorbeeren bedacht worden. Man wolle – so heißt es in der Präambel des Koalitionsvertrags – trotz unterschiedlicher politischer Prägung zusammenarbeiten und sich auf Neues einlassen. Unterschiede müßten nicht zu Widersprüchen zugespitzt werden, sondern könnten auch zu Ergänzungen verbunden werden, die neue Lösungen ermöglichen.

Eine dieser neuen Lösungen, die von den CDU-Unterhändlern völlig überraschend der GAL im Bereich der Bildungspolitik schon in den Sondierungsgesprächen angeboten wurde, ist die Einführung einer sechsjährigen Primarschule für das gesamte staatliche Schulsystem.

Im Wahlkampf war von dieser neuen alten Idee in keinem Wahlprogramm die Rede. Die Bürgerschaftliche Enquete-Kommission hatte diese Option im Gegenteil noch vor einem Jahr einhellig verworfen, während sie eine Zweigliedrigkeit der Sekundarstufe nach der 4. Klasse mit Stadtteilschule und Gymnasium zum mehrheitlich befürworteten Schulentwicklungsziel erhob. Die GAL war allerdings bei ihrem Konzept einer neunjährigen Schule für alle geblieben und ihre Spitzenkandidatin, die neue Schulsenatorin und Zweite Bürgermei-

sterin, hatte sich sogar einer Volksinitiative für die Einheitsschule angeschlossen.

Schon einmal hatte sich die GAL in einer Koalition in Hamburg 1997 für eine sechsjährige Primarschule stark gemacht. Ihr damaliger Koalitionspartner, die SPD, hatte ihr daraufhin im Koalitionsvertrag ganze drei Versuchsstandorte zugebilligt, von denen dann zwei verwirklicht wurden. Dieser Schulversuch wurde zwischenzeitlich beendet, und eigentlich war mit seiner Revitalisierung in Hamburg nicht mehr zu rechnen. Mit Sicherheit hätte auch die CDU einer rot-grünen Senatskoalition, die sich auf eine sechsjährige Primarschule verständigt hätte, den bildungspolitischen Krieg erklärt. Nun muß die Hamburger CDU sich ohne weitere parteiinterne Meinungsbildung und im Dissens mit den Parteifreunden in den anderen Bundesländern eine Schulreform zu eigen machen, in deren Bekämpfung sie eine bis in den Anfang der 50er Jahre zurückreichende erfolgreiche Tradition hatte.

„Mit Sicherheit hätte auch die CDU einer Rot-Grünen Senatskoalition, die sich auf eine sechsjährige Primarschule verständigt hätte, den bildungspolitischen Krieg erklärt.“

Beweggründe

Was mag die Koalitionäre bewegt haben, dennoch diesen überraschenden Schritt zu tun? Für die Verhandlungsführer der CDU – Bürgermeister von Beust und den Parteivorsitzenden Dr. Freytag – haben bildungspolitische Traditionen und Grundsatzpositionen mit Sicherheit nicht oberste Priorität. Vielleicht haben sie geglaubt, mit der sechsjährigen Primarschule einen Köder auszulegen, dem die GAL nicht widerstehen könne. Man vermutet, es sei auch eine gewisse Verärgerung über Hamburgs Gymnasien mit im Spiel gewesen, weil diese sich nicht zum Wahlhelfer der CDU in deren Wahlkampfkampagne gegen die Einheitsschule hatten machen lassen. Für die GAL, bei der

das möglichst lange gemeinsame Lernen der Kinder und Jugendlichen eine hohe weltanschauliche – um nicht zu sagen ideologische – Wertschätzung genießt, ist die Möglichkeit zur flächendeckenden Einführung der sechsjährigen Primarschule für alle ein gewaltiger Verwirklichungsschritt auf das weiterhin bestehende Ziel der Einheitsschule. Politisch-strategisch ist es dabei von besonderem Vorteil, diesen Schritt zusammen mit der CDU zu tun und damit den stärksten Gegner auf diesem Weg ausgeschaltet zu haben.

Organisationsformen und Ausbildungsgänge

Wie soll nun die sechsjährige Primarschule nach dem Willen der Koalitionäre aussehen? Die sechsjährige Primarschule, die eigentlich sieben Jahre umfassen soll, gliedert sich in die Grundstufe der Klassen 0–3 und die Unterstufe der Klassen 4–6. An sie anschließen sollen dann ein bis zum Abitur noch sechsjähriges Gymnasium und eine Stadtteilschule, die in drei Jahren zum Hauptschulabschluß, in vier Jahren zum Realschulabschluß und in sieben Jahren zum Abitur führt.

Die Primarschule soll wegen der Anpassungsschwierigkeiten an die bestehenden Schulstandorte in drei Organisationsformen verwirklicht werden:

1. als siebenjährige Primarschule an einem eigenen Standort mit den Klassen 0–6;
2. als vierjährige Grundstufe am Standort einer bisherigen Grundschule und als dreijährige Unterstufe am Standort einer kooperierenden weiterführenden Schule;
3. als Langform in Kooperation mit einer weiterführenden Schule.

In allen Organisationsformen soll die Primarschule eine selbständige pädagogische und organisatorische Einheit mit eigener Leitung und eigenständigen Mitwirkungsgremien bilden.

Am Ende der 6. Klasse soll ein Kind grundsätzlich nur in ein Gymnasium übergehen dürfen, wenn die zuständige Zeugniskonferenz dies befürwortet. Eltern wird lediglich ein Widerspruchsrecht gegen diese Entscheidung eingeräumt.

Selbstverständlich wird versichert, die so verlängerte Grundschule werde durch eine Individualisierung der Lernprozesse den unterschiedlichen Begabungen und Motivationen der Kinder gerecht, so daß es weder zu Unter- noch zu Überforderungen komme. Daß dies möglich sei, sei anderswo längst erprobt und erwiesen.

Schulfrieden gründlich in Frage gestellt

Es ist nicht verwunderlich, daß an diesem Reformvorhaben nun der alte Streit um die frühe Schulformentscheidung, die sozialen Vorteile der Einheitsschule, die angemessenen Bildungsangebote für begabtere Kinder, die Traditionen und Leistungen des deutschen Gymnasiums und die Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit wieder ausbricht. Jede Seite führt für sich namhafte Bildungsforscher und Pädagogen ins Feld. Selbstverständlich vermag auch die empirische Schulforschung den Kampf nicht wirklich zu entscheiden. Kritische Ergebnisse zu den Leistungen der sechsjährigen Grundschule in Berlin lassen sich ebenso verschieden interpretieren wie die Ergebnisse internationaler und nationaler Vergleichsstudien. Wahrscheinlich ist die Vermutung vieler Empiriker zutreffend, nach der nicht die Schulformen und die Schulstrukturen, sondern der jeweilige Unterricht entscheidend für den Lernerfolg ist.

Die Schulstrukturdiskussion, die in Deutschland zur Zeit der großen Bildungsreform in den 60er und 70er Jahren geführt wurde, hat für die Qualität des deutschen Schulwesens wenig gebracht. Im Gegenteil: Die Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg, die konsequent beim dreigliedrigen Schulsystem geblieben sind, haben mit Abstand bessere Ergebnisse erzielt als Länder wie Nordrhein-Westfalen oder auch Hamburg, die das herkömmliche System durch ein flächendeckendes Gesamtschulangebot erweitert haben. Nicht zuletzt deshalb war es richtig, auf einen weiteren, politisch

grundsätzlich kontroversen Streit um die richtige Schulform zu verzichten und es jeweils beim Status quo zu belassen, um sich der Verbesserung der Unterrichtsqualität und einer sinnvollen Ergebnisüberprüfung zuzuwenden. Diesen Schulfrieden stellt das schwarz-grüne Koalitionsvorhaben massiv in Frage und die Auswirkungen auf die bundesdeutsche Schulformdiskussion sind noch nicht abzusehen.

Hamburgs Schulpolitik selbst jedenfalls stehen unruhige Zeiten ins Haus: Eine Volksinitiative gegen die Senatspläne hat sich schon gebildet und die Opposition wittert ihre Chancen. Wie die CDU intern mit dem Problem umgeht, muß sich erst noch zeigen. Basisdemokratische Meinungsbildungsprozesse sind nicht ihre Stärke, aber wenn sich in ihren angestammten Wählerhochburgen der Unmut artikuliert, wird es noch viele Irritationen geben und der Koalitionsfriede wird auf harte Proben gestellt.

Schulpolitische Zwangsmaßnahme

Den Schulfrieden, den Ole von Beust auf seine Fahnen geschrieben hat, wird diese Reform mit Sicherheit nicht bringen. Sie wird nicht, wie er in seiner Regierungserklärung am 27. Mai 2008 verkündet hat, den Schulformstreit beenden, sie wird ihn vielmehr in bisher ungeahnter Weise neu entfachen. Denn die Einführung der sechsjährigen Primarschule für alle ist nicht der moderne, die traditionellen Gegensätze überbrückende Kompromiß, sie ist

eine schulpolitische Zwangsmaßnahme, die das Elternrecht aushebelt und die längere gemeinsame Beschulung ausnahmslos und ohne Mitsprache der Betroffenen durchsetzt.

Verlust bewährter Schulprofile

Die organisatorischen, räumlichen, personellen und pädagogischen Auswirkungen dieser Veränderung werden alle allgemeinbildenden Schulen der Stadt betreffen. Die bisherigen Grundschulen vergrößern sich um 75 %, alle weiterführenden Sekundarschulen verkleinern sich um 33 %. Kaum ein Schulgebäude paßt in die neue Struktur, fast alle Lehrerkollegien müssen neu zusammengesetzt werden. Schwerer wiegt der Verlust bewährter Schulprofile. In Berlin hat man die Alt-sprachlichen Gymnasien von der Sechsjährigkeit der Grundschule ausgenommen; selbst daran ist in Hamburg nicht gedacht.

Wenn es stimmt, daß die Beweislast für die Richtigkeit, die angemessene Durchführbarkeit und die Erfolgsprognose grundlegender Veränderungen beim Verursacher liegt oder jedenfalls irgendwann auf ihn zurückfällt, dann kann die Einführung der sechsjährigen Primarschule für Hamburg als Idee ohne hinreichende Beweis-, aber mit hoher Destruktionskraft nicht gelingen.

Reiner Schmitz

Staatsrat a.D. Dr. Reiner Schmitz ist Regionalbeauftragter des Bundes Freiheit der Wissenschaft für Hamburg.

Korrespondenzadresse siehe S. 32.

Einführung der sechsjährigen Grundschule nicht ratsam

Der Berliner „Tagesspiegel“ vom 8. April 2008 zitiert Lehmanns Fazit aus der Elementstudie (s. S. 19): „Im Gymnasium lernen besonders leistungsfähige Kinder mehr, als wenn sie nach der vierten Klasse noch in der Grundschule bleiben“.

Weiter schreibt der „Tagesspiegel“: „Auf dieser Grundlage sagt der Wissenschaftler klipp und klar, daß er leistungsstarken Schülern nicht den Verbleib auf der Grundschule raten würde. Denn dort würden sie nach dem jetzigen Stand ‚langsamer lernen‘. Vor diesem Hintergrund rät er den Hamburger Politikern, die gerade über eine mögliche Einführung der sechsjährigen Grundschule verhandeln, ‚erstmal die Berliner Element-Studie abzuwarten‘“.

Auch das Argument, daß das gemeinsame Lernen die sozialen Unterschiede verringere, lasse Professor Lehmann nicht gelten: Eine derartige „Vermutung“ lasse sich anhand seiner Untersuchungen nicht belegen.

In wissenschaftlichen Führungspositionen

Steigerung des Frauenanteils

Wissenschaftsorganisationen mehrheitlich gegen eine Frauenquote

Die Präsidenten und Vorsitzenden von acht führenden Wissenschaftsorganisationen halten die Steigerung des Frauenanteils in wissenschaftlichen Führungspositionen für überfällig. Sie betonen aber auch, daß für akademische Karrieren wissenschaftliche Qualität und nicht das Geschlecht ausschlaggebend bleiben müsse. Daher lehnen es derzeit die meisten von ihnen ab, eine Frauenquote festzuschreiben. Das geht aus einer Umfrage hervor, die die Zeitschrift „Forschung & Lehre“ in ihrem Juni-Heft veröffentlicht.

Für eine Quotenregelung, die sich am Anteil der potentiellen Kandidatinnen in den Fächern orientiert, spricht sich der Präsident der Helmholtz-Gemein-

schaft, Jürgen Mlynek, aus. Eine „Quote auf Zeit“, bis genügend Frauen in Führungspositionen seien, befürwortet auch der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Ernst Theodor Rietschel. Als letztes Mittel wollen der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Peter Strohschneider, und der Generalsekretär des Europäischen Forschungsrates, Ernst-Ludwig Winnacker, eine Quotenregelung zumindest nicht ausschließen.

DFG-Präsident Matthias Kleiner und HRK-Präsidentin Margret Wintermantel sprechen sich demgegenüber explizit gegen eine Quotenregelung aus. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollten in den jeweiligen Fachgebieten selbst ihre Ziele für die Steigerung des

Frauenanteils auf jeder Qualifikationsstufe festlegen und sich dabei an der vorherigen Qualifikationsstufe orientieren. Auf bessere Frauen- und Familienförderung setzt der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Peter Gruss.

Für den Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes, Bernhard Kempen, führt der Weg zu einem höheren Frauenanteil in der Wissenschaft über Hilfen bei der Kinderbetreuung, flexible Teilzeitleösungen und die Lockerung von dienstrechtlichen Altersgrenzen. Bei einer Quotenregelung stünde jede Professorin „unter dem Verdacht, wegen des Geschlechterproporzesses und nicht wegen Eignung und Befähigung berufen worden zu sein“.

Mit Merkel und Rüttgers im neuen Düsseldorfer Maritimhotel am Flughafen

Nordrhein-westfälische CDU verleiht zum vierten Mal den Zukunftspreis

Etwa 1500 Interessierte folgten am 9. Mai 2008 der Einladung nach Düsseldorf

Der Vorspann zur Preisverleihung war in den Augen der Teilnehmer die Hauptsache. Nach einer einführenden Expertenrunde zum Thema Wohlstand und Bildung sprachen sowohl der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel zu drängenden politischen Themen der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der bildungspolitischen Zurüstung. Während Rüttgers auf eine gute wirtschaftliche Bilanz seiner Regierung verweisen konnte, sprach Merkel einige wissenschafts- und gesellschaftspolitische Probleme von grundsätzlicher Bedeutung an, wie zum Beispiel die Gesundheits- und die Migrationspolitik.

Töpfers Laudatio

Die Verleihung des Zukunftspreises erfolgte nach Merkels Abflug vor einer erheblich reduzierten Zuhörerschaft.

Es stellte sich heraus, daß der Hauptpreis an einen grünen Unternehmer ging, für den Bau und die Vermarktung von Fotovoltaikanlagen. Der Unternehmer, Frank Asbeck, hatte für die Grünen im Landtag von NRW gesessen, bis er in der Solarenergie einen erfolgreichen Weg als Unternehmer entdeckte. Die Laudatio hielt der ehemalige Bundesumweltminister und Weltökologe Dr. Klaus Töpfer. In seiner bekannt nonchalanten Art klärte

er über die kindliche Tierliebe des Preisträgers auf sowie über dessen Vorliebe als Erwachsener für Rotwein und Maserati. Daß Töpfer selbst Bier bevorzugt, zeigte er durch die gekonnte Wiederholung eines Redegags, mit dem er den Veranstalter zum Austausch seines Wasserglases gegen ein Glas Pils auf dem Rednerpult veranlaßte.

So wurde es eine fröhliche Preisverleihung, die auch dadurch nicht überschattet wurde, daß just in dieser Woche die Zeitschrift „Euro“ den Titel hatte: „Die Solarlüge“, inklusive einer Rankingtabelle, in der „Solarworld“ des grünen Herrn Asbeck nicht gerade den besten Rang einnahm.

CDU: Die Hauptschule ist ein Zukunftsmodell

„Die Hauptschule hat eine Chance“ – das war das übereinstimmende Fazit am Ende eines fast fünfstündigen Forums, zu dem die CDU-Landtagsfraktion am 6. Juni in den Düsseldorfer Landtag eingeladen hatte. Fast 200 Interessierte waren der Einladung gefolgt und stimmten zum Abschluß mit Applaus der Erkenntnis von Schul-Staatssekretär Günter Winands zu: „Es geht um die Schülerinnen und Schüler, nicht um die Schulstruktur. Die Hauptschule braucht kleine Lerneinheiten und individuelle Förderung. Damit sprechen wir über die Qualität von Unterricht und von Schule. Wenn für diese Art von Qualität gesorgt ist, dann wird sich die Hauptschule als Zukunftsmodell erweisen.“

Nach der Begrüßung durch Schulministerin Barbara Sommer zitierte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa vom November vorigen Jahres.

Darin formulierten 71 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ihre Erwartung an die Politik, daß sie die Hauptschule unterstütze. 68 Prozent der Befragten zeigten sich darüber hinaus überzeugt davon, daß eine Abschaffung der Hauptschule die spezifischen Probleme der Schülerinnen und Schüler an dieser Schulform nicht löse.

Neben einer guten Lehrerversorgung wolle man sich energisch dem Ausbau des Ganztags an Hauptschulen widmen. Bis Ende 2008 solle es „250 Ganztags-Hauptschulen zwischen Rhein, Weser und Lippe geben“, versprach Recker.

Schule und Beruf

Insbesondere die BUS- (Beruf und Schule) Klassen an den Hauptschulen entwickelten sich zu einem Erfolgsmodell, berichtete Recker.

Unterstützung erhielt er durch die Präsentation der Modellprojekte („Best-Practice“) wie etwa bei Nikao e.V., Lübbecke, über die Berufsvorbereitung und Ausbildungsreife, vorgestellt von Bernd Buchta, dem Leiter und Berufswahlkoordinator an der Hauptschule Preußisch-Oldendorf, und Thomas Wagenfeld, dem Vorsitzenden Nikao e.V., bei der Benteler Rohrhandel GmbH aus Paderborn, vorgestellt von Thomas Koch, Leiter Aus- und Weiterbildung, und bei der IQP GmbH aus Meerbusch, vorgestellt von Rudolf Hahne, Leiter Methodik und Didaktik.

An diesen Beispielen zeigte sich, wie der Unterricht noch eine klarere Berufsorientierung erhalten sowie eine deutlichere Praxisorientierung zur besseren Berufswahlorientierung vermitteln könne.

Hirnforschung und Pädagogik

Ein besondere Glanzpunkt der Veranstaltung war der einleitende Vortrag von Professor Onur Güntürkün zum Thema: „Lernen – Behalten – Anwenden. Vorschläge der Hirnforschung für eine Schule der Zukunft“.

Der Gehirnforscher Professor Onur Güntürkün vom Institut für kognitive Neurowissenschaft der Ruhr-Universität Bochum verwies in seinem Vortrag darauf, daß bloßes Lernen nur geringen Erfolg habe. Erst häufiges Testen und Einüben des Erlernten schaffe den gewünschten Lerneffekt. Güntürkün schloß daraus, daß Üben und Testen einen wesentlichen Teil von Schule ausmachen müsse, weil nur so der gewünschte Lernerfolg erzielbar sei. Gleichzeitig machte der Gehirnforscher darauf aufmerksam, daß frühes und konsequentes Lernen das Gehirn früher trainiere und damit auch zu einem größeren Lernerfolg beitrage.

Vom spielerischen Lernen war da allerdings keine Rede. Jedoch zeigte der Vortrag selbst, wie durch Anschaulichkeit und gekonnten Medieneinsatz das Gedächtnis so unterstützt werden kann, daß es auch behält.

Winfried Holzapfel

„Hochschullehrer/-in des Jahres“ gesucht

Deutscher Hochschulverband schreibt zum dritten Mal begehrten Preis aus

Zum dritten Mal lobt der Deutsche Hochschulverband ein Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro für diejenige Hochschullehrerin/denjenigen Hochschullehrer aus, die/der durch außergewöhnliches Engagement das Ansehen des Berufsstandes in der Öffentlichkeit gefördert hat. Es bestehen dabei keinerlei Beschränkungen, in welcher Art und Weise dies gelungen ist. Der Preis wird vom DHV mit Unterstützung des Zeitverlages Gerd Bucerius GmbH & Co.KG verliehen.

„Um ‚Hochschullehrer/-in des Jahres‘ zu werden, genügt es nicht, exzellent zu forschen und zu lehren“, erklärte DHV-Präsident, Professor Bernhard Kempen.

„Es zählt auch die Strahlkraft über das eigene Fach hinaus.“

Der Verband ruft dazu auf, bis zum 30. September 2008 Kandidaten für die Auszeichnung vorzuschlagen.

Die bisherigen Preisträger waren der Rostocker Ophthalmologe Professor Rudolf Guthoff, der am 30. August 2006 für seine Verdienste um die Verbesserung der medizinischen Versorgung in der Demokratischen Republik Kongo geehrt wurde, und der Zell- und Molekularbiologe Professor Werner W. Franke vom Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg, der am 2. November 2007 für seine Zivilcou-

rage im Kampf gegen Doping gewürdigt wurde.

Die Preissumme von 5.000,- Euro wird nicht zweckgebunden vergeben.

Die Vorschläge bedürfen der Schriftform. ■

Ansprechpartner und weitere Informationen:

Deutscher Hochschulverband
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Matthias Jaroch, Rheinallee 18,
53173 Bonn
Telefon: 02 28-9 02 66-66
E-Mail: presse@hochschulverband.de

„Schule ist nicht der Libero der Nation.“
„Bildungserfolg gibt es nur mit eigener Anstrengung.“

Lehrer-Chef Kraus ohne Gegenstimme zum achten Mal wiedergewählt

Delegiertenversammlung und Fachkonferenz des Deutschen Lehrerverbandes in Fulda

Josef Kraus (58) ist zum achten Mal für drei Jahre zum Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes (DL) gewählt worden. In der Delegiertenversammlung am 6. Juni 2008 in Fulda stellten sich die Delegierten der vier DL-Mitgliedsverbände ohne Gegenstimme bei nur einer Enthaltung geschlossen hinter ihn. Mit der Wahl von Kraus bestätigten die Delegierten dessen konsequenten Einsatz für ein leistungsfähiges gegliedertes Schulwesen und für starke berufsbildende Schulen.

Kraus hat dieses Ehrenamt seit 1987 inne und ist damit auf Bundesebene der dienstälteste Vorsitzende einer Lehrerorganisation. Seinem Verband gehören als Mitgliedsverbände mit ihren insgesamt 160.000 Lehrern der Deutsche Philologenverband, der Verband Deutscher Realschullehrer, der Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen und der Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen an.

Hauptberuflich ist Kraus seit 1995 Oberstudiendirektor am Maximilian-von-Montgelas-Gymnasium in Vilsbiburg im Landkreis Landshut. Er hat die Fächer Deutsch und Sport studiert und ist Diplom-Psychologe.

Zu Schule und Lehrerschaft Bildungsgerechtigkeit

Die Delegiertenversammlung des DL befaßte sich unter anderem mit der Stellung der Lehrer in der heutigen



Josef Kraus – Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes ist Mitglied des Erweiterten Vorstandes des BFW

Gesellschaft und mit Fragen der Bildungsgerechtigkeit.

Zur Situation der Schule und der Lehrerschaft in Deutschland erklärte Kraus nach Abschluß der Delegiertenversammlung: „Es wird höchste Zeit, daß der Lehrerberuf in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Rechtsprechung und Elternschaft die Unterstützung erfährt, die dieser Beruf im Interesse der nach-

folgenden Generation braucht. Vor allem hilft es nicht weiter, wenn die Öffentlichkeit stets die Schule für die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme verantwortlich macht. Als Libero der Nation ist die Schule restlos überfordert.“

Zum Thema „Bildungsgerechtigkeit“ hatte der DL seine Delegiertenversammlung mit einer hochkarätig besetzten Fachkonferenz gleichen Titels verbunden. Experten und DL-Delegierte waren sich darin einig, daß die Möglichkeiten der Förderung schwächerer, auch sozial schwächerer Schüler noch nicht ausgereizt seien. Zugleich, so Kraus zum Ende der Fachtagung, müsse man sich in Sachen Bildung wieder des Prinzips Subsidiarität besinnen. Wörtlich: „Der Staat hat hier eine große Bringschuld, nämlich für ein hochdifferenziertes Bildungsangebot zu sorgen. Die jungen Leute bzw. deren Eltern haben aber ihrerseits eine Holschuld. Das heißt: Bildungserfolg gibt es nur mit eigener Anstrengung. Daran aber mangelt es vielfach. Zum Beispiel gibt es in vielen Familien erhebliche erzieherische Defizite.“

Neben Kraus wurden gewählt und in ihren bisherigen Ämtern bestätigt: als Schatzmeister Hans-Joachim Kluge (Fulda) und als Schriftführer Manfred Timpe (Frankfurt/Main). Kluge ist Diplom-Handelslehrer, Timpe Real- schulrektor. ■

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamendarlehensdiscounter** Vorberatung wählbar alles kostenfrei
DSB BANK Schnäppchenrate Info: www.ak-finanz.de
www.ak-finanz.de und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,- € billige 281,05 € mtl., 70 000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., effektiver Zins 5,99%, auch an Angestellte ab 5 Jahre i.O.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, hohes Sonderkündigungsrecht, Beleihung bis 120%. Policendarlehen, anfänglicher effektiver Jahreszins ab 4,99%.
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei **Tel. 0800/1000 500**

Wolfgang Brezinka:

Pädagogik in Österreich. Die Geschichte des Faches an den Universitäten vom 18. bis zum 21. Jahrhundert, Bd. 3: Pädagogik an den Universitäten Czernowitz, Salzburg und Linz.

Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2008; XV und 758 S., ISBN 978-3-7001-4004-7, 55,00 Euro

Die ersten beiden Bände der „Pädagogik in Österreich“ sind in den Jahren 2000 und 2003 erschienen (*fdw* 3/2001, S. 21–22 und 1/2004, S. 28–30), damals noch mit dem Untertitel „Die Geschichte des Faches ... bis zum Ende des 20. Jahrhunderts“. Weil die Darstellung ab dem zweiten und besonders ab dem dritten Band über das Jahr 2000 hinausreicht und bis in die Gegenwart fortgeführt wird, wurde der Untertitel darauf abgestimmt und in „Die Geschichte des Faches ... bis zum 21. Jahrhundert“ geändert. Anders als ursprünglich vorgesehen, wird das Gesamtwerk vier (und nicht drei) Bände umfassen. Der vierte Band wird wegen der Menge des Quellenmaterials erforderlich, das *Brezinka* zusammengetragen und mit der ihn auszeichnenden Gründlichkeit ausgewertet hat. Er wird die Geschichte der Pädagogik an der Universität Klagenfurt und an der Wirtschaftsuniversität Wien behandeln und den schon im zweiten Band angekündigten Nachtrag über die erziehungstheoretischen Zweigfächer Katechetik bzw. Religionspädagogik, Sportpädagogik und Wirtschaftspädagogik an den Universitäten Graz und Innsbruck enthalten. Vor allem wird dort das systematische Herzstück aller vier Bände folgen, die „gesamtosterreichische Bilanz aus international vergleichender Sicht“ (Bd. 3, S. V).

Czernowitz

Im dritten Band berichtet *Brezinka* über die Pädagogik an den Universitäten

Czernowitz (bis 1918), Salzburg (hier einschließlich der Religions- und der Sportpädagogik) und Linz. Die Universität Czernowitz war die am weitesten östlich gelegene Universität im Habsburgerreich. Sie wurde 1875 nach der Polonisierung der zuvor deutschsprachigen Universitäten Krakau und Lemberg gegründet. Schon vorher hatte es in Czernowitz an der Philosophischen Lehranstalt (bis 1848) Vorlesungen im Fach „Erziehungskunde“ gegeben, für die wie überall sonst an den Hochschulen und hochschulähnlichen Einrichtungen in Österreich *Vincent Eduard Mildes* gleichnamiges Lehrbuch als Literaturgrundlage diente. An der verhältnismäßig kleinen Universität Czernowitz wurde in der österreichischen Zeit keine eigene Lehrkanzel für Pädagogik eingerichtet. Die pädagogischen Pflichtveranstaltungen für die Lehramtskandidaten sind von den Professoren für Philosophie übernommen worden, ohne daß allerdings die Pädagogik im Regelfall zu den Schwerpunkten ihrer Forschungstätigkeit gehört hätte. Die Ausnahme war der Völkerpsychologe und Kulturphilosoph *Rudolf Hochegger*, der als 29-jähriger 1891 nach Czernowitz berufen wurde und bis zu seinem frühen Tod im Oktober 1895 mehrere Arbeiten zur Wissenschaftstheorie der Pädagogik, zur normativen Philosophie der Erziehung und zur Praktischen Pädagogik (einschließlich Vorschlägen zur Schul- und Hochschulreform) veröffentlicht hat.

Salzburg

Im Vergleich mit den traditionsreichen Universitäten Wien, Innsbruck und Graz sind die Universitäten in Salzburg und Linz junge Einrichtungen. Sie sind (wie auch die Universität Klagenfurt) erst im Zuge der letzten großen Welle von Universitätsgründungen in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts errichtet bzw. wiedererrichtet worden. Besonders im Fall Salzburgs hat es jedoch eine ganze Reihe von Vorgängereinrichtungen gegeben, an denen erziehungs- und unterrichtstheoretische Veranstaltungen zum Lehrangebot gehört haben. So hat *Franz Michael Vierthaler* (1758–1827), einer der bedeutenden Erziehungstheoretiker und Schulorganisatoren der späten Aufklärungszeit, seine Vorlesungen über Pädagogik und Methodenlehre am Seminar für Volksschullehrer auch den Studenten der damaligen Benediktiner-Univer-

sität im Fürsterzbistum Salzburg zugänglich gemacht. An ihren Nachfolgeeinrichtungen – dem Lyceum als höherer Studienanstalt mit einer philosophischen und einer theologischen Abteilung (1810–1850) und der Katholisch-theologischen Fakultät (1850–1938) – sind für die künftigen Priester in dem für die Zeit jeweils üblichen Umfang ebenfalls Veranstaltungen in Pädagogik und Katechetik angeboten worden. Ab 1931 hat *Franz Gebhard Metzler* in Salzburg die ersten Lehrveranstaltungen in Österreich zur Theorie der Erwachsenenbildung gehalten. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden wie schon einmal vor dem ersten Weltkrieg Schritte unternommen, neben der (staatlichen) Theologischen Fakultät eine (nicht-staatliche) Philosophische Fakultät einzurichten und auf lange Sicht zu einer Katholischen Universität auszubauen. Für die Theologische Fakultät wurde der Rheinländer *Friedrich Schneider* als Honorarprofessor für Pädagogik gewonnen, ein international anerkannter Fachmann für die Pädagogik des Auslands und – modern gesagt – für Schulsystemvergleiche. Er gründete in Salzburg 1946 das (nicht-staatliche) Institut für Vergleichende Erziehungswissenschaft, das jedoch nach seinem Ausscheiden 1953 nach und nach an Ansehen verloren hat und 1970 aufgelöst worden ist. Die Bemühungen zur Errichtung der Katholischen Universität Salzburg waren schon vorher im Sand verlaufen.

Unabhängig davon ist 1962 die Universität Salzburg als staatliche Einrichtung geschaffen worden. Anders als an den alten Universitäten Wien, Graz und Innsbruck, wo die Pädagogik als „verspäteter Nachkömmling“ zu dem „Kreis längst etablierter Lehrkanzeln und Institute“ hinzugetreten war und auf entsprechende Herablassung traf, gehörte sie in Salzburg (und genauso in Linz) „vom ersten Tage an unbestritten dazu“ (S. 118). Für das Fach sind im Zuge seiner Ausweitung in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren zwar weniger Stellen geschaffen worden als an den übrigen österreichischen Universitäten, aber dafür blieb die Zahl der Studierenden im Hauptfach Pädagogik auch weit hinter den anderen Hochschulen zurück. Beinahe von Anfang an und bis heute sind in Salzburg überwiegend Hochschullehrer tätig, die erfahrungswissenschaftlich vorgehen: „Durch

seine konsequent empirische Orientierung ... ist das ... Institut [für Erziehungswissenschaft] unter den Professoren *Thonhauser, Krumm, Herber* und *Patry* zum wichtigsten Zentrum Empirischer Erziehungswissenschaft in Österreich geworden“ (S. 177). Gleichwohl werden in Forschung und Lehre auch die Philosophische Pädagogik gepflegt und die „Wertungs- und Normfragen“ untersucht, die sich in der Erziehungspraxis einschließlich des Schulunterrichts ergeben (S. 260). Die „hermeneutisch-geisteswissenschaftliche Sichtweise“ hat in Salzburg also durchaus ihren Platz (S. 313), auch wenn die meisten Vertreter des Fachs für ihre Untersuchungen die erfahrungswissenschaftlichen Forschungsmethoden bevorzugen. Die tief verwurzelte „empirisch-analytische Denk- und Arbeitsweise“ ist wahrscheinlich neben der Besetzungspolitik der Fakultät der Hauptgrund, weshalb in Salzburg anders als in Wien, Graz und Innsbruck unter den hauptamtlichen Hochschul Lehrern wie unter den Privatdozenten „weder transzendentalphilosophische Spekulationen noch neo-marxistische Dialektik noch ‚postmoderne‘ Strömungen subjektivistischer Belieblichkeit“ Anhänger gefunden haben (S. 344). In der Lehre liegt der Schwerpunkt auf den für das Fach zentralen Gegenständen: auf der Schulpädagogik (vornehmlich verstanden als Theorie der Evaluation und der Qualitätsverbesserung der Schulen), auf der Theorie der außerschulischen Erziehung und – in geringerem Umfang – auf Geschichte der Pädagogik und Wissenschaftstheorie. „Eine maßlose Aufblähung zugunsten fachun-spezifischer Themen wie Frauenfragen, Sexualität, Psychoanalyse oder Historische Anthropologie wurde weitgehend vermieden“ (S. 183). Im Vergleich mit den Diplomstudenten im Fach Pädagogik laufen die Lehramtskandidaten in Salzburg allerdings wie das sprichwörtliche fünfte Rad am Wagen mit. Das in erster Linie forschungsorientierte Lehrpersonal bietet wenig an, was unmittelbar auf die spätere Berufstätigkeit vorbereitet (S. 358).

Linz

Anders als in Salzburg gibt es an der ebenfalls 1962 (damals noch als Hochschule) gegründeten Universität Linz kein Hauptfachstudium der Pädagogik (auch nicht der Psychologie), sondern lediglich die Studienrichtung Wirt-

schaftspädagogik und die Lehramtsausbildung für die Mathematik und die naturkundlichen Fächer Physik und Chemie (S. 484). Als Universitätsfächer sind die Pädagogik und die Wirtschaftspädagogik dort stets mit der Psychologie in einem gemeinsamen Institut verbunden gewesen (der erste Fachvertreter in der Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät, *Karl Heinz Seifert*, war nach Ausbildung und Berufstätigkeit Psychologe und nicht nur für Pädagogik, sondern für Psychologie und Pädagogik berufen worden). Die jahrzehntelange personelle wie institutionelle Vorherrschaft der Psychologie hatte Licht- und Schattenseiten. Sie hat einerseits dafür gesorgt, „daß die Pädagogik an der Linzer Universität eine empirische Grundorientierung gewonnen und behalten hat“ (S. 510). Andererseits ist die Allgemeine Pädagogik – das „Zentrum des Faches“ – lange stiefmütterlich behandelt und im Lehrangebot kaum berücksichtigt worden (S. 524). Die Universität Linz hebt sich auf zwei Gebieten von den übrigen österreichischen Universitäten ab: Dort hat es (wenn auch nur kurz, von 1969 bis 1971) an der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät die erste Lehrkanzel für Kybernetik und Kybernetische Pädagogik (besetzt mit *Miloš Lánský*) und 1970 die beiden ersten Habilitationen für Kybernetische Pädagogik gegeben (S. 498–508 und 576–582), außerdem von 1994 bis 2001 an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät besondere Universitätslehrgänge für Wehr- bzw. Militärpädagogik (S. 612–615).

Lektürehinweis

Hans-Albrecht Koch: Die Universität – Geschichte einer europäischen Institution, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 2008. WBG-Preis 29,90 Euro (sonst: 39,90 Euro)

Register, Photographien, Anhang

Der dritte Band der „Pädagogik in Österreich“ enthält ebenso wie seine Vorgänger ein umfassendes Literaturverzeichnis (S. 665–723), ein Personen-, ein Sach- und ein Länder- und Ortsregi-

ster sowie einen Abbildungsteil mit Photographien der Inhaber der Lehrstühle für Pädagogik (einschließlich der Religions- und der Sportpädagogik) in Czernowitz, Salzburg und Linz. Dem Band ist zusätzlich ein aufschlußreicher Anhang (für sämtliche österreichischen Hochschulen) beigegeben, der die vollständigen Angaben enthält über „Österreichischer als Pädagogik-Professoren an ausländischen Universitäten“, über „gebürtige Ausländer als Professoren und Dozenten der Pädagogik an österreichischen Universitäten“, über die „Buchveröffentlichungen österreichischer Pädagogiker in fremden Sprachen“ und über eine Reihe weiterer personellen- und institutionengeschichtlich bedeutsamer Sachverhalte (S. 617–648).

Wie in den beiden vorausgegangenen Bänden bietet *Brezinka* eine Darstellung, für die neben der gedruckten Literatur eine gewaltige Zahl von Dokumenten aus rund vierzig Archiven ausgewertet worden ist. Eine frühere Rezensentin hat es zu Recht „wirklich erstaunlich“ genannt, daß „ein einzelner Mann ein solches Werk zu schreiben vermag“ (*History of Education and Children's Literature*, Macerata, Italien, H. 2/2006, S. 389 ff.). Bis in die mitunter recht verwickelten Einzelheiten schildert *Brezinka* besonders die Gründe, die zur Einrichtung von pädagogischen Lehrkanzeln geführt haben, und die Verfahren zu ihrer Besetzung. Dabei werden auch diejenigen Personen auf den Berufungslisten mit ihrem Lebenslauf und ihren Veröffentlichungen und Lehrveranstaltungen vorgestellt, die am Ende nicht zum Zuge gekommen sind. In gleicher Weise geht er bei den Männern und Frauen vor, die sich für das Fach Pädagogik insgesamt oder für eines seiner Teilgebiete habilitiert haben. So entsteht mit den Verfahren der prosopographischen (personen- bzw. personenkreisgeschichtlichen) Forschung Schritt für Schritt ein vollständiges Bild der Berufswege wie der Gedankenwelt der österreichischen Professoren und Privatdozenten für Pädagogik.

Neben der Sorgfalt und Ausführlichkeit bestechen an der „Pädagogik in Österreich“ wie bei allen anderen Texten *Brezinkas* die Souveränität in der Beherrschung des Gegenstands, die Zielsicherheit der Gedankenführung und die Eingängigkeit der Sprache. Er versteht es meisterhaft, seine Leserschaft sicher durch gewaltige Materialmengen zu

führen und ihr die Entstehung und den Ausbau der universitären Pädagogik klar vor Augen zu stellen: sowohl in ihren allgemeinen Grundlinien als auch mit Blick auf die von Hochschule zu Hochschule unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Begleitumstände. In der Tat „ein grandioses Monument von einem Alterswerk“ (*Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung*, Wien, Bd. 122/2005, S. 433) und ein Vermächtnis an künftige Pädagogiker-Generationen!

Siegfried Uhl

Alexander Solschenizyn:

Meine amerikanischen Jahre, aus dem Russischen von Andrea Wöhr und Fedor B. Poljakov.
München, Langen Müller 2007, Gb., 571 Seiten, ISBN 978-3-7844-3112-3, 39,90 Euro

Die moralische Autorität des russischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn ist groß. Aber in der Öffentlichkeit des Westens und im Bewußtsein vieler jüngerer Menschen ist sein Name heute kaum mehr präsent. Doch wurde einst die Lektüre seiner Bücher über den „Archipel Gulag“, das kommunistische Straflagersystem in den Weiten Sibiriens, zu einem Schock für die linke Intelligentsia Westeuropas.

Nun ist die deutsche Ausgabe der Erinnerungen an seine Zeit in den USA erschienen, wo er nach seiner Ausweisung aus der damaligen Sowjetunion von 1974 bis zu seiner Rückkehr nach Rußland im Jahre 1994 lebte. Dieser umfangreiche Band schildert das Leben eines Schriftstellers, der sich seiner literarischen Arbeit widmen möchte, vor allem der Arbeit an dem monumentalen „Roten Rad“, der aber durch einen endlosen Strom von Bitten und Aufforderungen, sich zu Wort zu melden, davon abgehalten wurde. Solschenizyn ist ein russischer Patriot, der im Kommunismus ein großes Unglück sieht, aber auch nicht bereit ist, im Exil die amerikanische Sicht zu übernehmen. Zu problematisch zeigt sich ihm der Westen, der sich in größter Gefahr befindet, dekadent zu werden, ja, nur allzu deutlich Anzeichen der Dekadenz zeigt.

Solschenizyn muß nun auch gegen mannigfache Desinformationen kämpfen; bis heute wirken die damals in Umlauf gebrachten Verleumdungen Solschenizyns als Nationalist und Antisemit nach.

Das Buch macht anschaulich deutlich, was es bedeutet haben muß, über Jahre verleumderischen Anwürfen und geheimdienstlichen Zersetzungsmaßnahmen ausgesetzt zu sein, die zu widerlegen wertvolle Zeit auf nicht-künstlerische Projekte verschwenden hieß. Auch wurde Solschenizyn damals bereits mit der „Khomeinismus“-Keule attackiert – angeblich sei er ein Ajatollah der russischen Orthodoxie, vergleichbar fundamentalistisch wie iranische Schiiten und strebe eine Theokratie an.

Lektürehinweis

Ute Scheuch, Erwin K. Scheuch. Eine Biographie. 1. Band: Es mußte nicht Soziologie sein, aber es war besser so. 2008 by Gerhard Hess Verlag, 88427 Bad Schussenried, ISBN 978-3-87336-361-8; 36,00 Euro

Unbeirrt – „Der Bär ist den Winter gewohnt“

All diese Erfahrungen bestärkten Solschenizyn nur in seinem unbeirrten Willen, sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen: „Gekeife, das man seitab an sich vorbeigehen läßt, schmerzt nicht und ätzt einem nicht die Augen aus. Wir werden's aushalten.“ Mag Solschenizyn selbst den Anfeindungen mühelos standgehalten haben, so weiß er doch, daß dies seiner Frau nicht ebenso möglich war, die davon arg mitgenommen wurde. Doch Solschenizyn verharrt weitgehend im Schweigen, weigert sich immer wieder, den Medien Interviews zu geben, getreu dem Motto „Der Bär ist den Winter gewohnt.“ Und so kann der Leser den Alltag und die Mühen des Schreibens eines Autors mitverfolgen, dem es zuerst um Rußland ging; der aus der Tiefe seiner Kenntnis der russischen Geschichte und des orthodoxen Christentums an einer Erneuerung des russischen Volkes nach dem Ende des Kommunismus arbeitet. Und der sich zudem

über die grundlegende Kluft „zwischen der Weltsicht der westlichen Aufklärung und der christlichen Weltanschauung“ im klaren ist. Denn gegen den relativistischen Pragmatismus der Amerikaner und Westeuropäer, die keine Wahrheit gelten lassen, hält Solschenizyn es für „ein Anzeichen der Krankheit der Welt“, wenn man in den entscheidenden Dingen die Orientierung verliert: „Das Bewußtsein, daß du mit deinem Leben Gottes Ratschluß dienst, ist das gesunde Bewußtsein des Menschen, der Gott mit einfachem, keineswegs hochmütigem Herzen begreift.“

Die leidenschaftliche Stimme des großen russischen Autors, die sich nicht scheut, mit klaren Worten Stellung zu beziehen, zieht den Leser auch in scheinbar nebensächliche Auseinandersetzungen, die gerade durch ihr farbiges Detail zu unverzichtbaren Lehrstücken über die menschliche Natur und ihre Korruptierbarkeit durch Diktatur und ethischen Relativismus werden.

Mögen viele Leser der Memoiren aus dem Exil auch zu Solschenizyns großen Büchern greifen, zu „Die Eiche und das Kalb“, „Krebsstation“, „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ und vor allem „Archipel Gulag“, der unübertroffenen und unvergeßlichen Schilderung des kommunistischen Lagersystems. Denn wer ein wahrhaftes Bild dessen sehen will, wessen der Mensch fähig ist, findet in Solschenizyns Werken reiches Material. Zugleich aber empfindet der Leser seiner Werke auch die große Kraft des unbeirrten in der Wahrheit stehenden Geistes, der sich dem Unrecht nicht beugt, selbst dann nicht, wenn es mit der ganzen unbarmherzigen und lügnerischen Gewalt einer totalitären Macht auftritt.

Till Kinzel

Ibn Warraq:

Defending the West. A Critique of Edward Said's Orientalism.
Amherst: Prometheus Books, 2007. Gb. 556 S., ISBN 978-1-59102-484-2. 29.95 Euro

Welches Bild hat der Westen, oder, etwas altmodischer ausgedrückt, das Abendland, von sich selbst? Muß es sich, um seiner selbst gewiß und bewußt

zu werden, notwendig von anderen abgrenzen, braucht es gar, wie es Samuel Huntington in seinem Klassiker *Clash of Civilizations* behauptete, einen Feind? Und ist dieser Feind nicht heute der Islam, also das Morgenland?

Edward Saids „Orientalismus“

Dies würde jedenfalls nahegelegt von einem Text, der zuerst in den siebziger Jahren erschien und inzwischen zu einer der klassischen Gründungstexte der sogenannten postkolonialen Theorie geworden ist – das Buch *Orientalismus* des Literaturkritikers Edward Said (1935–2003). Dieses Werk prägte, auch wenn Said in der Folge seine Theorie weiterentwickelte, in weiten Kreisen der akademischen Linken das Selbstverständnis des Westens als eines grundsätzlich rassistischen, imperialistischen etc. Kontinents, der sich nicht um genuine Kenntnis des „Anderen“ bemühte, sondern sich nur im Zuge einer großen kolonialen Geste mit anderen Kulturen befaßte, sozusagen zum Zweck ihrer besseren Kolonisierung.

Der Westen, so eine Quintessenz der Thesen Saids, sollte ein schlechtes Gewissen haben wegen seiner Attitüde der Überlegenheit über andere Völker, und man sollte erkennen, daß es sich bei „Ost“ und „West“, bei „Orient“ und „Okzident“ um Konstruktionen handelte, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hatten.

Saids vorgefertigte Thesen

Nun ist aber das Quellenmaterial, das Said zugrunde legte, keinesfalls mit seinen vorgefertigten Thesen in Einklang zu bringen; im Gegenteil pflegt Said einen oft erstaunlich unpräzisen hermeneutischen Stil, der grundsätzliche Zweifel an der Haltbarkeit seiner Ideen nahelegt. Daß Saids Konstrukte der Kritik nicht standhalten, zeigt nun auf treffliche Weise, z. T. mit polemischer Verve geschrieben, das neue Buch des einstigen Moslems Ibn Warraq (ein Pseudonym), der schon durch Bücher wie „Warum ich kein Muslim bin“ bekannt geworden ist (Berlin: Matthes & Seitz, 2007, ISBN 9783882218381, 28,90 Euro).

Ibn Warraq hat sich dankbarerweise der Mühe unterzogen, Saids Werk gründlich zu zerpfücken und anhand eines reichen Materials zu zeigen, wie wenig Saids Bild des abendländischen Orien-

talismus zutrifft. Als Orientalismus wird dabei wahlweise die Wissenschaft vom Orient, wie sie in der Erforschung der arabischen, jüdischen und islamischen Kulturen entwickelt wurde, oder eine im Grunde rassistische und kolonialistische Ideologie der verzerrenden Darstellung des „Orients“ verstanden. Eine fatale Wirkung habe Saids Buch in der arabischen Welt gehabt, weil er die Neigung beförderte, die Probleme der arabischen Welt als vom Westen geschaffen zu betrachten, auf Kosten der notwendigen Bereitschaft zur Selbstkritik und Selbsterkenntnis.

Doch ist Saids Darstellung selbst nicht frei von dem Widerspruch, einerseits zuzugestehen, daß die Orientalisten echte Erkenntnis über den Orient gewannen, andererseits diese Erkenntnisse als Teil kolonialer Bestrebungen zu denunzieren.

Kritik an Said und differenzierte Analyse

Der erste Teil des Buches von Ibn Warraq enthält eine polemische Kritik an Saids grundlegender Vorgehensweise, die dann in den weiteren Teilen des Buches durch detaillierte Untersuchungen zu Einzelaspekten untermauert wird und dabei auch die Grundprinzipien der abendländischen Wissenschaftstradition in Erinnerung ruft. Ibn Warraq betont dabei das Prinzip der Selbstkritik, das es ermöglichte, innerhalb des Abendlandes eine Tradition zu begründen, die auch das Eigene und vor allem die eigenen Verbrechen kritisch zu durchleuchten und zu bewerten unternimmt. Nicht nur habe sich nur im Abendland eine Haltung des genuinen Interesses für andere Kulturen, Religionen, Sprachen etc. herausgebildet, sondern auch eine Kritik z. B. an der Unmenschlichkeit der Sklaverei ist in prinzipieller Weise und verbunden mit der Forderung nach ihrer Abschaffung zuerst im Abendland angekommen.

Der zweite Teil des Buches präsentiert reichhaltiges Material über die zahlreichen Europäer, die sich wissenschaftlich und/oder als Reisende mit dem Orient beschäftigt haben, mit den Künstlern und vor allem Malern, die orientalische Motive wählten, und den Schriftstellern, die wie Jane Austen oder Rudyard Kipling für ihre „Verstrickung“ in den Kolonialismus stark kritisiert worden waren. Auch hier

gelingt es Ibn Warraq, wertvolle Ansätze zu einer Kritik der Saidschen Thesen zusammenzutragen, die geeignet sind, zu einem differenzierteren Bild der Beziehungen von West und Ost beizutragen. Es wird spannend sein zu sehen, ob sich ein deutscher Verlag findet, der das großartige Buch Ibn Warraqs in einer Übersetzung herausbringt. Dringend nötig wäre es.

Till Kinzel

Edmund Käbisch:

Das Fanal von Falkenstein. Eine Studie über die Zersetzung der Kirche durch die Stasi nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Rolf Günther.

Editions La Combe, Bergisch Gladbach, 2. erw. Aufl., 2008, 309 S., brosch.,

ISBN 978-3-929352-29-3, 22,90 Euro

„Wacht auf!“ – Ein Plakat auf der Baustelle des Erfurter Augustinerklosters lenkte 2006 das Interesse der Öffentlichkeit auf die drei Fälle von Selbstverbrennungen evangelischer Pfarrer, hinter denen jeweils spezifische Handlungsmotive standen: Oskar Brüsewitz wollte ein Zeichen setzen gegen die Unterdrückung von Christen an den Schulen der DDR (Zeitz, 1976). Rolf Günthers spektakulärer Verbrennungsakt wurde vor dem Spruchband „wacht endlich auf“ vollzogen (Falkenstein, 1978). Roland Weisselberger demonstrierte mit seinem Feuertod gegen die langjährige Nichtbeachtung der Gefahr durch Islamisten (Erfurt, 2006).

Der ehemalige Dompfarrer von Zwickau, Dr. Edmund Käbisch, hat mit Unterstützung der unabhängigen Dokumentationsstelle D.A.V.I.D. e.V. gegen Mobbing in der evangelischen Kirche den MfS-Fall „vorsätzliche Brandstiftung nach §§ 185 Abs. 1 und 186 Ziff. 1 StGB“ akribisch dokumentiert und seine Nuancen herausgearbeitet: den innerkirchlichen Konflikt, der das Handlungsmotiv für Pfarrer Günther war, die Perspektive der Staatssicherheit, die aus dem Fall Nutzen für die operative Bearbeitung der evangelischen Kirche in ihren inneren Rich-

tungskämpfen ziehen wollte und konnte, die Ursachen und Auswirkungen des „Fanals von Falkenstein“.

„Die bebilderte und mit Dokumenten angereicherte Publikation ist für Mittler der politischen Bildung ebenso nützlich wie für unsere Religionslehrer.“

Konsequent arbeitet der Autor die Zersetzung kirchlicher Strukturen durch das MfS BV Karl-Marx-Stadt auf und legt dar, wie perfide die Stasi und die SED-Machthaber den Fall Günther instrumentalisierten, um die Kirche wirkungsvoller bekämpfen zu können. Es wurden spezielle Informelle Mitarbeiter (IM), Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) in die (Personal-) Referatsebene der Kirchenleitungen eingeschleust. Bemühungen zur Gewinnung „progressiver Pfarrer“ sollten die Kirchen von innen heraus zersetzen, die Gläubigen verunsichern und mithelfen, „feindlich negative Pfarrer“ zu disziplinieren. Wer innerkirchlich sich in Basisgruppen engagierte, konnte ebenso leicht gemobbt werden wie „Störenfriede“ unter den Geistlichen.

Die bebilderte und mit Dokumenten angereicherte Publikation ist für Mittler der politischen Bildung ebenso nützlich wie für unsere Religionslehrer.

Gedenkgottesdienst zum Jahrestag

Dr. Edmund Käbisch schlägt zum 30. Jahrestag des „Fanals von Falkenstein“ am 17. September 2008 vor, einen Gedenkgottesdienst in Anwesenheit des Landesbischofs abzuhalten – ich füge den Namen Volker Kreß hinzu, der mit dem Fall als ehemaliger Landesjugendpfarrer unmittelbar befaßt war. Der notwendigen weitergehenden Aufklärung möge ein wissenschaftliches Symposium und die Vergabe von Seminararbeiten und Dissertationen dienen, die an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig angeregt wurden. Möge damit auch der Appell von Ingrid Ullmann (D.A.V.I.D. e.V.) ausgeführt werden, die Evangelische Kirche in der DDR als einzige „nicht gleichgeschaltete, die trotz mancher Fehlleistungen ihrer Aufgabe treu blieb und Oppositionellen einen relativ geschützten Raum

bot“, in ihrer selbstaufgelegten Funktion als „Kirche im Sozialismus“ darzustellen, aber auch jenen Christen Rechenschaft zu legen, die auch in der zweiten Diktatur in Deutschland im kurzen 20. Jahrhundert gesellschaftlich an den Rand gedrängt, verfemt und verfolgt wurden. Der Rezensent wagt, seine Hoffnung ausdrücken zu dürfen, daß damit einer schweigenden Mehrheit endlich Gerechtigkeit, ja Rehabilitation für ihre Zivilcourage zuteil werden möge.

Willi Eisele

Joachim Zelter:

How are you, Mister Angst? Ein Universitätsroman.

Tübingen: Klöpfer & Meyer, 2008. 182 S., ISBN 978-3940086112. 18,50 Euro

Der neue Roman von Joachim Zelter „How are you, Mister Angst?“ blickt auf das universitäre Treiben aus der Perspektive eines Juniorprofessors für Literatur. Zelter zeichnet eine düstere Welt aus Täuschung, erstarrten Strukturen, Erwartungen, Selbstzweifeln, Versagensängsten und akademischer Totenstarre.

Ein Juniorprofessor, Konrad Monteiro, am Anfang einer aussichtsreichen Karriere, am Abgrund stehend, versucht akademischen Selbstmord zu begehen. Mit zweifelhaftem Erfolg. In seiner und seiner Kollegen Einsamkeit ist ihm der Sinn seiner akademischen Tätigkeit abhanden gekommen. Seine Vorlesungen werden schon lange von den Studierenden ignoriert, und als er in einem Seminar die Studenten auffordert „Unhaltbares“ zu denken, werden seine Lehrveranstaltungen von den Studenten als „unhaltbar“ verstanden. Eine Anfrage für einen literarisch-akademischen Vortrag über die „Dichter und Denker unserer Stadt“, holt ihn zurück in den Tübinger Universitätsbetrieb. Mit diesem Vortrag versucht er sich endgültig untragbar zu machen. Doch entgegen seiner Erwartung stößt sein „Selbstmord“ auf Zustimmung und erregt das Interesse einer bisher nie gesehenen Frau. Faba, die Nichte Frau Wenturis, die Monteiro für besagten Vortrag engagiert hatte, ist für Monteiro ein Hoff-

nungsschimmer im „Fußnotenstrafgefängenenlager“.

Ein reger Austausch nimmt seinen Lauf, der sowohl die passive persönliche Haltung Monteiros, als auch die Unpersönlichkeit des universitären bzw. akademischen Wirkens und Publizierens mit all seinen Folgen und Wirkungen auslotet. Warum „immerzu im Passiv“ gesprochen und die eigene Person verleugnet werde, fragt Faba. Zelter läßt hier seine Figuren das Übliche und Eingefahrene in Frage stellen und zeigt die fest eingespielten Geflogenheiten des akademischen Betriebs auf. Monteiro gibt sich seiner Scheinwelt hin, um letztlich einen Sprung über den eigenen Schatten zu wagen. Vom menschlichen Selbstzweifel und der Angst zu versagen getrieben, macht Monteiro einen finalen Schnitt, der ihn in eine brillante Karikatur einer Talksendung führt.

Zelter gelingt es auf unterhaltsame und pointierte Weise die Defizite und Schwächen des menschlichen Handelns und der darum herum errichteten Sicherheitsnetze in einer spannend und flüssig erzählten Geschichte unterzubringen. Zelters Universitätsroman ist witzig und amüsant, auch wenn er die dunkle Seite der universitären Welt beleuchtet.

Moritz Kinzel

Hans-Martin Schönherr-Mann:

Miteinander leben lernen. Die Philosophie und der Kampf der Kulturen. Mit einem Geleitwort und einem Essay „Leitlinien zum Weiterdenken“ von Hans Küng. München/Zürich: Piper 2008, 370 Seiten, ISBN 978-3-492-05104-0. 22,90 Euro

Anfang der 1990er Jahre veröffentlichte Hans Küng sein viel diskutiertes „Weltethos“. Seither versucht der Autor unermüdlich, unterschiedliche Religionen und Weltanschauungen miteinander ins Gespräch zu bringen. Er selbst avancierte in der Folgezeit zum großen Versöhner distinkter Kulturen und Glaubensgemeinschaften. 1993 initiierte er maßgeblich das Parlament der Weltreligionen in

Chicago mit. Als erster Theologe durfte er vor der UNESCO sprechen.

Doch bereits Mitte der 1990er Jahre traten immer mehr die Konflikte der verschiedenen Kulturen ins öffentliche Bewußtsein – und das weltweit. Vollends gilt diese Diagnose seit dem 11. September 2001. Es verwundert daher nicht, daß Samuel Huntingtons gleichwohl umstrittener „clash of civilisations“ stärker signaturprägend wurde als das Projekt des Tübinger Theologen. Weil aber die Sehnsucht nach Gemeinsamkeiten in einer immer stärker auseinanderdriftenden Welt – man betrachte lediglich die Differenzen zwischen armen und reichen Erdteilen, muslimischen und nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppen, katastrophenheimgesuchten und stabilen Ländern etc.! – ungebrochen vorhanden ist, kann sich die von Küng eingerichtete „Stiftung Weltethos“ eines zunehmenden Interesses erfreuen.

Beschäftigt man sich mit den Grundsätzen dieser Einrichtung, so erkennt man unschwer auch deren Grenzen. „Kein Weltfriede ohne Religionsfriede!“ lautet einer der Leitgedanken der Institution. Doch scheinen in einer Zeit, in der nicht zuletzt technische und ökonomische Globalismen das Leben in allen Teilen der Welt nachhaltig prägen, die Religionen eher ein partikulares Element im internationalen Zusammenleben darzustellen. Letztlich sind wichtige Konvergenzen zwischen den großen religiösen Gruppierungen nur auf einer sehr abstrakten Ebene festzustellen. Geht man ins Detail, überwiegen in den meisten Fällen die Differenzen. Das legt eine Frage nahe: Kann nicht die philosophische Tradition, insbesondere des Westens, universale Prinzipien des „Miteinander leben lernen“ eher klären als ein Vergleich der moralischen Grundsubstanz der Religionen, deren Rivalitäten im „Kampf um die Wahrheit“ niemals ganz aufhören können?

Universale philosophische Grundsätze

Dieser Frage geht der Münchner Philosoph und Politiktheoretiker Hans-Martin Schönherr-Mann nach. Wie sehr sein mittlerweile emeritierter theologischer Übervater aus der schwäbischen Universitätsstadt am Neckar in seiner Abhandlung präsent ist, zeigen nicht nur einige Belege im Text der Studie, sondern auch Küngs Geleitwort und dessen abschließender Essay „Leitlinien zum Weiterden-

ken“. Wer zum Thema Weltethos schreibt, unabhängig vom jeweiligen Erkenntnisinteresse, muß auf die Gedankenwelt des katholischen Meisterdenkers Bezug nehmen und kommt nicht herum, auf seine Einflüsse hinzuweisen.

Schönherr-Manns Darstellung untersucht verschiedene herausragende Ansätze der Philosophie des 20. Jahrhunderts auf ihren Beitrag hin, Dissense und Konsense zwischen den Kulturen auszuloten. In der Tat: Überblickt man einige wesentliche philosophische Konzeptionen der letzten hundert Jahre, so kann man sie durchaus als „philosophische Wegbereitung eines Weltethos“ lesen. Schon die Vertreter einer dezidiert pragmatischen Philosophie, etwa zu Beginn des 20. Jahrhunderts William James und John Dewey oder in jüngster Zeit Richard Rorty, wiesen auf die Notwendigkeit hin, universale philosophische Grundsätze im Kontext der eigenen Lebenswelt und Tradition anzuwenden. Interessant ist demnach eben nicht die Frage, ob es Gott gibt, denn das läßt sich gemäß pragmatischer Lebensweisheit nicht mit menschlichen Erkenntnismitteln nachweisen. Vielmehr ist bedeutsam, wie der jeweilige Glaube auf den Einzelnen wirkt und seine Lebenssituation prägt. Eine solche Perspektive läßt den Blick auf unterschiedliche Kulturen zu, so sehr auch der amerikanische Hintergrund einer derartigen Sicht evident ist.

Der Münchner Gelehrte präsentiert eine Reihe von Denkern und will auf diese Weise eine Antwort auf die Frage geben: Was kann die Philosophie im Zeitalter des Kampfes der Kulturen leisten? Hannah Arendt wird ebenso erörtert wie Ernst Cassirer, Ernst Bloch, Max Weber, Jean-Paul Sartre, Emmanuel Lévinas, Hans Jonas, Karl Jaspers, Martin Heidegger, Karl-Otto Apel, Jürgen Habermas und John Rawls. Die beiden zuletzt genannten Theoretiker dürfen als die gegenwärtig am meisten rezipierten Philosophen mit universalistischer Ausrichtung gelten. An ihrem Beispiel wird aber auch das Problem deutlich. Sind sie tatsächlich so interkulturell, wie es auf den ersten Blick erscheint?

Der vor einigen Jahren verstorbene amerikanische Denker wollte in der bahnbrechenden „Theorie der Gerechtigkeit“ explizit eine philosophische Grundlegung des westlichen Verfassungsstaates leisten. Auch sein viel besprochener „overlapping consensus“ geht exemplarisch von der Geschichte der westlichen Staatenwelt aus, in der vor allem die Reformation mit ihren vielfältigen, nicht zuletzt konfrontativen Folgen allmählich die Einsicht

wachsen ließ, daß die religiösen Fragen nicht mehr im Zentrum öffentlicher Angelegenheiten stehen sollten. Ähnliches gilt für den weltweit bekanntesten deutschen Philosophen, der nach dem Urteil seines Kritikers Peter Sloterdijk eine interkulturelle Ausrichtung fast vollständig vermissen läßt. Das erkennt man schon, wenn man in Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“ einige seiner Referenzphilosophen betrachtet: Max Weber, Emile Durkheim oder auch George H. Mead.

Motive universalistischer Entwürfe

Schönherr-Manns Monographie gibt einen hervorragenden Einblick in die Motive einiger universalistischer Entwürfe des westlichen Denkens. In diesem Zusammenhang werden auch die partikularistischen Hintergründe offenkundig, die die betreffenden Ansätze allesamt nicht verbergen können. Besonders krass wird das bei einem enorm wirkungsmächtigen Vertreter der Disziplin wie Heidegger, der seine globale Rezeption, etwa in Japan, noch selbst erlebt hat und mehrmals darauf Bezug nahm. War er nicht in erster Linie ein Denker des regionalen Ortes, primär der Heimat und des Feldweges, dessen Ruf ihm grundlegende Einsichten verschaffte? Taugt ein Universitätsprofessor, der 1933 einen Aufsatz mit dem Titel „Warum bleiben wir in der Provinz?“ – eine Reminiszenz auf die Ablehnung seiner Berufung ins politische Zentrum nach Berlin – verfaßte, als Theoretiker der weltweiten Koexistenz? War er, der auf dem Gottesacker seines Heimatdorfes Meßkirch seine letzte Ruhe fand, nicht viel weniger Stadt- und Weltbürger als seine berühmte Ex-Geliebte Arendt, die immerhin auf einem Campus im amerikanischen Bundesstaat New York beerdigt ist?

Wie sehr der immer wieder erwähnte westliche Universalismus gleichzeitig in erheblichem Maß partikularistische Momente einschließt, wird auch in der Konzeption des Buches „Miteinander leben lernen“ deutlich. Schönherr-Mann erweist sich als herausragender Kenner der diesbezüglichen westlichen Traditionslinie. Wo aber bleiben Anknüpfungspunkte im geistigen Erbe der anderen Kulturen? Wer sich darüber informieren will, muß zu dem von dem österreichischen Gelehrten Anton Grabner-Haider herausgegebenen Sammelband „Philosophie der Weltkulturen“ greifen. Er darf als komplementär zu Schönherr-Manns Studie gelten.

Felix Dirsch

Bund Freiheit der Wissenschaft

Aufgabe des Vereins, Satzung

Der Bund Freiheit der Wissenschaft setzt sich für die Freiheit der Wissenschaft und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Schulen ein.

Er wurde am 19. November 1970 in Bad Godesberg gegründet und ist eine überparteiliche Vereinigung zur Verteidigung der Freiheit der Wissenschaft, der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und im Bewußtsein der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft setzt sich der Verein unter Ausschluß von parteipolitischen Bindungen zur Aufgabe:

1. die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium zu wahren und zu fördern,
2. sich jeder Unterwerfung unter die Machtansprüche einzelner Gruppen oder Interessen zu widersetzen,
3. auf eine Politik zu drängen, die eine stetige Verbreiterung der Bildungschancen mit der Erhöhung der Leistungsmaßstäbe verbindet.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, Publikationen und Informationen der Öffentlichkeit über die Situation von Hochschule, Schule und Wissenschaft (§ 2 der Satzung). Die vollständige Satzung kann mit dem in diesem Heft abgedruckten Bestellschein angefordert werden.

Vorstand:

Vorsitzende

Dr. Hans Joachim Geisler, Dernburgstr. 53, 14057 Berlin, Tel. (0 30) 322 31 58, Fax über BFW-Büro, E-Mail: hjgeisler@gmx.de

Oberstudiendirektor Dr. Winfried Holzapfel,

An der Ölmühle 16, 47608 Geldern, Tel. (0 28 31) 44 16, Fax (0 28 31) 99 29 72, E-Mail: dr.winfried.holzapfel@t-online.de

Professor Dr. Kurt J. Reinschke, Wachwitzer Bergstr. 32, 01326 Dresden, Tel. (03 51) 2 68 61 66

E-Mail: kurt.reinschke@tu-dresden.de

E-Mail: kurt.reinschke@t-online.de

Schatzmeister

Professor Dr. Günter Püttner,

Schwerdstr. 3, 67346 Speyer
Tel. (0 62 32) 7 19 97

Erweiterter Vorstand:

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt, Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen, Tel. (04 21) 27 18 79
E-Mail: dreybrodt@t-online.de

Oberstudiendirektor Josef Kraus, Fürstenstr. 59, 84032 Ergolding, Tel. (08 71) 6 86 74, Fax (08 71) 63 03 90, E-Mail: josef.kraus@landshut.org

Dr. Brigitte Pötter
Heinrich-Heine-Str. 7 b, 15831 Mahlow
Tel. (0 33 79) 20 58 65,
Fax (0 33 79) 20 61 26
E-Mail: bpoetter@gmx.de

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum, Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz, Tel./Fax (03 99 98) 3 12 93, E-Mail: rosen@uni-greifswald.de

Professor Dr. Winfried Schlaffke, Rüdellstr. 10, 50737 Köln, Tel. (02 21) 74 71 59, Fax (02 21) 7 40 52 50, E-Mail: w.schlaffke@t-online.de

Beitrittserklärung

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

wenn gewünscht, zusätzliche Angabe:

Telefon, Fax, E-Mail

Ich möchte dem **Bund Freiheit der Wissenschaft e. V.** beitreten als

- Einzelmitglied zum Jahresbeitrag von 100,- Euro
- Mitglied aus den neuen Bundesländern zum Jahresbeitrag von 75,- Euro
- Berufsanfänger von 50,- Euro
- Schüler/Student zum Jahresbeitrag von 15,- Euro
- Fördermitglied zum Jahresbeitrag von 125,- Euro

Im Mitgliedsbeitrag ist die kostenlose Zusendung der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ enthalten.

Ich sende Ihnen die beiliegende Einzugsermächtigung

Ich zahle meinen Beitrag auf das Konto des Bundes Freiheit der Wissenschaft bei der Deutschen Bank AG Bonn, Kto.-Nr. 0 233 858 (BLZ 380 700 24)

Mitgliedsbeiträge für den Bund Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt: Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist wegen Förderung der Wissenschaft und der Volksbildung (entspr. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 EStDV) nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I von Berlin, StNr 27/657/50589, vom 22. 2. 2007 für die Jahre 2003, 2004 und 2005 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Ich bin damit einverstanden, daß meine obenstehenden persönlichen Daten nur für die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins elektronisch gespeichert werden.

Ort, Datum, Unterschrift

Abonnement der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“

(entfällt für Mitglieder und Spender)

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Name, Vorname, Titel

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement zum Preis von 12,- Euro inkl. Porto und Versandkosten. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

Regionalbeauftragte

Baden-Württemberg:

Professor Dr. Jürgen Kullmann,
Panoramastr. 27, 72116 Mössingen,
Tel. Universität Tübingen (0 74 73) 57 68
Fax (0 74 73) 2 67 68,
E-Mail: juergen.kullmann@uni-tuebingen.de

Bayern:

Oberstudiendirektor Willi Eisele,
Kiefernweg 1, 82515 Wolfratshausen,
Tel. (0 89) 74 55 04 20, Tel. (0 81 71) 41 09 23,
E-Mail: willi.eisele@gmx.de

Berlin und Brandenburg:

Oberschulrat Gerhard Schmid,
Markelstraße 53, 12163 Berlin,
Tel. priv. (0 30) 79 218 93,
Mobil (01 70) 8 15 78 65,
Dienstl. (0 30) 9 02 98-36 22,
Fax priv. (0 30) 79 01 62 61
E-Mail: ger-schmid@web.de

Bremen:

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt,
Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen,
Tel. (0 421) 27 18 79, E-Mail: dreybrodt@t-online.de

Hamburg:

Staatsrat a. D. Dr. Reiner Schmitz
Elbchaussee 110, 22763 Hamburg
Tel. (0 40) 8 00 22 73, Fax (0 40) 8 7 08 05 16
E-Mail: reinerschmitzh@yahoo.de

Hessen:

Privatdozent Dr. habil. Siegfried Uhl,
Homburger Landstraße 225/1 408,
60435 Frankfurt am Main,
Tel. (06 11) 5 82 71 10
Fax (06 11) 5 82 71 09
E-Mail: s.uhl@iq.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern:

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum,
Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz

Tel./Fax (03 99 98) 3 12 93,
E-Mail: rosen@uni-greifswald.de

Niedersachsen:

Oberstudiendirektor Bernd Ostermeyer
Lageweg 4, 29342 Wienhausen
Tel./Fax (0 51 49) 82 63
Dienstl. Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium
– Europaschule –
Hannoversche Straße 53, 29221 Celle
Tel. (05 1 41) 92 40 30
Fax (0 51 41) 90 77 68
E-Mail: sl@kav-celle.de

Nordrhein-Westfalen:

Studiendirektor Norbert Schlöder,
Pater-Delp-Str. 11, 47877 Willich,
Tel. (0 21 54) 8 76 84
E-Mail: norbert.schloeder@t-online.de

Sachsen:

Professor Dr. Sigismund Kobe
Leonhard-Frank-Str. 6, 01069 Dresden,
Tel. (0 35 1) 4 71 43 11
E-mail: kobe@theory.phy.tu-dresden.de

Thüringen:

Professor Dr. Gerd Wechsung,
Rosenweg 3, 07751 Cospeda,
Tel. (0 36 41) 44 76 73

Sektion Berlin-Brandenburg:

Vorsitzender: Dr. habil. Till Kinzel,
Dortmunder Str. 15, 10555 Berlin,
Tel. (0 30) 3 92 55 00,
E-Mail: till.kinzel@gmx.de

Abonnement der Zeitschrift fdw

Jahresabonnement für Nichtmitglieder: 12,-
Euro inkl. Porto und Versandkosten. Für Mitglieder
des Bundes Freiheit der Wissenschaft ist
der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag
abgegolten. Auch Spender erhalten die Zeit-

schrift kostenlos. Bitte verwenden Sie für ein
Abonnement einfach den beigefügten Abschnitt.

Mitgliedschaft, Jahresbeiträge

Schüler, Studenten 15,- Euro, Berufsanfänger 50,-
Euro, Einzelmitglieder 100,- Euro, Fördermitglieder
125,- Euro, Mitglieder aus den neuen Bundesländern
75,- Euro.

Mitglieder erhalten die Zeitschrift „freiheit der wissen-
schaft“ und sonstige Veröffentlichungen des BFW
kostenlos.

Mitgliedsbeiträge sind steuerbegünstigt (s. u.); sie erhal-
ten ohne Aufforderung eine Spendenbescheinigung.
Bitte verwenden Sie die beigefügte Beitrittsklärung
und zur Vereinfachung der Zahlungen am besten auch
die beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug.

Spenden

Für Spenden auf das Konto Nr. 0 233 858, (BLZ
380 700 24) Deutsche Bank Bonn ist der Bund Frei-
heit der Wissenschaft dankbar. Spenden an den
Bund Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt
(s. u.). Sie erhalten ohne Aufforderung eine Spenden-
bescheinigung. Für regelmäßige Spenden können
Sie zur Vereinfachung der Zahlungen am besten die
beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug benutzen.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist we-
gen Förderung der Wissenschaft und der Volks-
bildung (entspr. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu
§ 48 Abs. 2 EStDV) nach dem letzten uns zuge-
gangenen Freistellungsbescheid des Finanz-
amts für Körperschaften I von Berlin, StNr
27/657/50589, vom 22.2.2007 für die Jahre
2003, 2004 und 2005 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des
Körperschaftsteuergesetzes von der Körper-
schaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und
unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen
Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Bestellschein

An den Bund Freiheit der Wissenschaft,
Bundesgeschäftsstelle
Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Ich bitte um kostenlose Zusendung

der Satzung des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V.

der letzten Nummern der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“:

Juni 2007 September 2007 Dezember 2007 März 2008

Ich bestelle zum Preis von 7,50 Euro die Broschüre „Notizen zur Geschichte des Bun-
des Freiheit der Wissenschaft“, Dezember 2001.

Ich bestelle zum Preis von je 5,00 Euro die Broschüre(n)

Für Mitglieder und Spender sind die Broschüren kostenlos.

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

Vereinfachte Zahlung durch Bankeinzug

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Hiermit ermächtige(n) ich/wir den Bund Freiheit der Wissenschaft e.V. widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten meines/ unseres Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht ausweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinsti- tuts keine Verpflichtung zur Einlösung. Teileinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Kto.-Nr.

Kreditinstitut

BLZ

Jahresbeitrag Einzelmitglied

100,- Euro

Jahresbeitrag Mitglied aus den neuen Bundesländern

75,- Euro

Jahresbeitrag Berufsanfänger

50,- Euro

Jahresbeitrag Schüler/Student

15,- Euro

Jahresbeitrag Fördermitglied

125,- Euro

Jährliche Spende

Ort, Datum, Unterschrift